

Die „Freie Presse“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— Mk., im Voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Fernsprecher-Moabit 2021, Camde 1970, 1971 und 1972. Verlag und Exped. Berlin NS 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die maßgebendste Kompartimentsliste über deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Inlandtransport. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Inlandtransport. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— Mk. netto pro Zeile. Einzelne Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk. Redaktion: Fernsprecher Dönhofs 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Mitterstr. 75, III.

# Freie Presse

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Zwei Noten Deutschlands an Frankreich

#### Proteste gegen die Reforsionen Poincarés

##### Gegen die Behandlung der Ausgleichsangelegenheiten

Berlin, 12. August. Die deutsche Botschaft in Paris hat der französischen Regierung heute abend im Auftrag der deutschen Regierung folgende beide Noten übergeben:

Herr Ministerpräsident!

Im Auftrag der Deutschen Regierung beehre ich mich auf die Note vom 5. August d. J. Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die französische Regierung ihrem Wunsche, die weitere

##### Behandlung der Ausgleichsangelegenheit

bis zu den in Aussicht stehenden Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen, nicht entschlossen hat. Die von der französischen Regierung mitgeteilten besonderen Maßnahmen sind in dem Vertrage von Versailles und in den mit der Deutschen Regierung getroffenen ergänzenden Abkommen, insbesondere dem Abkommen vom 10. 6. 1921, keine Grundlage und können auch mit den Regeln des Völkerrechts nicht begründet werden!

1. Die

##### Weisung an die Ausgleichsämter

in Paris und Straßburg, bis auf weiteres jede Befolgung der anerkannten deutschen Forderungen aufzuschieben, widerstreitet der positiven Bestimmung des § 5 der Anlage zu Artikel 206, in dem vorgelesen ist, daß das Schuldverhältnis binnen angemessener Frist die anerkannten Forderungen befriedigen hat. Unter einer angemessenen Frist faßt man eine Frist verstanden werden, wie sie sich aus dem Geschäftsgange der Ausgleichsämter ergibt. Eine Anweisung einer Regierung, jede Befolgung von Anerkennnissen an das genehmigte Ausgleichsamt bis auf weiteres zu unterlassen, ist daher mit dem Vertrage von Versailles unvereinbar und steht mit dem Grundgedanken des auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhenden Ausgleichsverfahrens im Widerspruch.

##### 2. Die vorläufige Einstellung der Zahlungen

der durch Urteile der gemischten Schiedsgerichtshöfe festgestellten Entschädigungen aus dem Erlöse der Liquidationen des deutschen Eigentums in Frankreich widerspricht dem Abkommen über die Bezahlung der Schadenschulden aus Artikel 207 vom 24. August (8. September 1921). Hierin hat sich die französische Regierung verpflichtet, die im Artikel 207 vorgezeichneten Entschädigungen auf Grund von Urteilen des gemischten Schiedsgerichtshofes oder von rechtswirksam abgeschlossenen Verträgen aus den bei der Liquidation des deutschen Eigentums erzielten Erlösen zu bezahlen.

Die an die französischen Ausgleichsämter erteilte Anweisung, bis auf weiteres dem deutschen Ausgleichsamt die Höhe der Erlöse aus der

##### Liquidation des deutschen Eigentums

in Frankreich nicht mehr bekanntzugeben, macht die Durchführung des auf dem Grundsatze der Gegenseitigkeit beruhenden Artikels 207 des Versailler Vertrages unmöglich. Diese Maßnahme widerspricht ferner dem Artikel II des Abkommens vom 31. März 1921, worin vorgesehen ist, daß die Liquidationserlöse binnen bestimmter kurzer Fristen dem Reichsausgleichsamt zuzuführen und mitzuteilen sind.

In dem Abkommen vom 15. November 1919 hat sich die französische Regierung verpflichtet, die Möbel und Kleinodenschatze der früher in Elsaß-Lothringen ansässigen deutschen Staatsbürger freizugeben. Das Verbot der weiteren Abfuhr bedeutet eine Verletzung dieses Abkommens, von der durchweg minderbemittelte und ohnehin unter den Kriegsfolgen schwer leidende deutsche Reichsangehörige betroffen werden. Diese Maßnahme erscheint der deutschen Regierung um so ungerechter, als sie die ihr nach dem Abkommen obliegende Leistung seit geraumer Zeit vereinbarungsgemäß erfüllt hat.

##### 3. Schließlich werden nicht näher bezeichnete

##### Sicherheitsmaßnahmen in Elsaß-Lothringen

in Aussicht gestellt. Inzwischen hat das Generalkommissariat in Straßburg den deutschen Reichsangehörigen jede Verfügung über ihre Konten oder ihre Depositen bei Banken oder anderen Finanzinstitutionen in Elsaß-Lothringen entzogen und diese unter Zwangsverwaltung gestellt, gleichgültig die unter diesem Zeitpunkt sie errichtet worden sind. Soweit Einzahlungen nach dem 10. Januar 1920 erfolgt sind, werden bezahlte Anordnungen durch den Vertrag von Versailles nicht gedeckt und enthalten daher eine

##### Schwere Verletzung des Grundgesetzes der Unverletzlichkeit

des Privateigentums. Die Deutsche Regierung hat mit ihrer Note vom 12. Juli d. J. lediglich die Abänderung eines bestehenden Vertrages beantragt, dessen Lasten infolge der inzwischen eingetretenen Markentwertung für Deutschland untragbar geworden waren.

Die deutsche Regierung hat hiermit nur die unausweichlichen Forderungen aus einer Entwicklung gezogen, die unabhängig von ihrem Willen und entgegen ihren Interessen eingetreten sind. Wenn die französische Regierung das Stundungsgebot, ohne die Fälligkeit der Verpflichtungen der deutschen Regierung abzuwarten, mit Zwangsmahnahmen beantwortet hat, die bestehende Verträge verletzen, so liegt darin ein schweres Unrecht.

Ich bin daher beauftragt, gegen die Maßnahmen der französischen Regierung einzulegen und um ihre Aufhebung zu ersuchen. Sollte die französische Regierung auf ihrem Standpunkt beharren, so schlägt die deutsche Regierung vor, einen internationalen Schiedsgerichtshof über die Streitmaßnahmen zu ernennen und die getroffenen Anordnungen herbeizuführen. Genehmigen Sie usw.

##### Gegen die Ausweisungsmahnahmen

Durch Verbalnote vom 11. August hat die französische Regierung der Botschaft mitgeteilt, daß sie sich in Ermangelung von deutschen Anlagen hinsichtlich der am 13. August vom Reichsausgleichsamt zu bewirkenden Zahlungen und in Ermangelung des Erfolgs der bisherigen Reforsionsmaßnahmen zu weiteren Maßnahmen veranlaßt sehe und deshalb ihren Generalkommissar von Straßburg Anweisung erteilt habe,

##### 500 deutsche Staatsangehörige

bis zum 12. August aus Elsaß-Lothringen auszuweisen. Die Ausgewiesenen dürfen nur Handgepäck und den gegenwert von 10000 Mark für die Familie oder 2000 Mark für den Unverheirateten über 25 Jahre mitnehmen. Ihr Vermögen soll vorläufig unter Zwangsverwaltung gestellt werden. Die Anweisung weiterer 500 deutscher Staatsangehöriger aus Elsaß-Lothringen wird vorbehalten.

Die Botschaft beehrt sich hierauf im Auftrag der Deutschen Regierung das folgende zu erwidern:

Nach den Grundgesetzen des Völkerrechts ist es zwar jedem Staate unbenommen, einzelne fremde Staatsangehörige aus fremdenpolizeilichen Gründen aus seinem Staate auszuweisen.

##### Eine Massenauweisung

Die hunderte von Angehörigen eines bestimmten Staates plötzlich und unvorbereitet ihrer Existenz beraubt, widerspricht dagegen jedem völkerrechtlichen Verbot und aller natürlichen menschlichen Rücksichtnahme. Diese Maßnahme muß die Ausgewiesenen um so härter treffen, als die französische Regierung ihnen fast 4 Jahre lang nach Aufhören der Feindseligkeiten den Aufenthalt in Elsaß-Lothringen gestattet und damit die Hoffnung in ihnen erweckt hat, weiter in ihrer Heimat bleiben und ihrem Erwerbe nachzugehen zu können. Im übrigen ist ein innerer Zusammenhang zwischen den Anweisungen und der von der französischen Regierung zum Anlaß genommenen Frage der Ausgleichszahlungen nicht ersichtlich. Die Geldbeiträge, deren Entnahme gestattet ist, sind völlig unzureichend. Der für eine ganze Familie festgesetzte Betrag von 10000 Mark entspricht zurzeit dem Wert von 2½ englischen Pfunden oder 11¼ Dollar. Die Ausgewiesenen werden somit tatsächlich als Bettler auf die Straße gesetzt.

Die Deutsche Regierung legt gegen die getroffenen und in Aussicht gestellten Maßnahmen der französischen Regierung hiermit nachdrücklich Verwahrung ein.

##### Ein deutsch-amerikanisches Abkommen

Zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung wurde ein Abkommen über die Festsetzung der amerikanischen Schadenersatzforderungen getroffen. Von der deutschen und der amerikanischen Regierung wird je ein Kommissar ernannt, die gemeinsam die Entschädigungen festsetzen. Die amerikanische Regierung hat erklärt, daß sie nicht beabsichtige, in dem Kommissionsverfahren Ansprüche auf Erstattung der Militärpensionen vorzubringen; ebenso nicht Ansprüche auf die den amerikanischen Kriegsgefangenen oder ihren Angehörigen und der Familien der Mobilisierten von der amerikanischen Regierung gezahlten Unterstützungsgelder erheben.

Die Note geht sich in ihrem versöhnlichen Ton sehr erfreulich ab von den vielen Noten, die Deutschland von den europäischen Entente-Regierungen erhalten hat. Es steht also zu erwarten, daß die letzten aus dem Kriege herrührenden Mißbilligkeiten zwischen Deutschland und Amerika hinweggeräumt werden.

Zum Mord an Rathenau. Die Voruntersuchung in der Rathenau-Mordache ist, wie wir erfahren, geschlossen. Die Akten liegen zur Zeit dem Oberreichsanwalt zur Erhebung der Anklage vor.

### Verfassungstag

Von Ignaz Brobel

Gut hinüber, gut herüber,  
Böhl über die Straf hinum,  
Rann-Deutschland nicht finden,  
Rutsch allewell drauß rum.  
Altes Rinderherd.

Die Republik, die vor zwei Tagen ihr Verfassungsfest zu feiern versuchte, hat noch nicht zu sich selbst gefunden. Ihr guter Wille soll erkannt werden: trotz der großen Schwierigkeiten hat sie noch wenigstens bemerkt, den Tag feierlich zu begehen, an dem ihre Verfassung rechtskräftig geworden ist. Einfach hätte sie es nicht, denn der Antrag, diesen Tag zum Nationalfeiertag zu machen (ja nicht den 11. 9. November!), ist im Reichstag nicht mehr beraten worden, ist also nicht Gesetz, und alles, was die Reichsregierung an diesem Tage veranstaltete, gründete sich auf den guten Willen der Mitwirkenden. Wir wollen ihr nicht in den Rücken fallen. Um so mehr ist sie hierin zu unterstützen, als ein solcher republikanischer Anlauf den besten Eindruck im Ausland macht — so haben die französischen Kontrollkommissionen an diesem Tage keine Amtshandlungen vorgenommen — die hübsche Geste eines hierzulande seltenen Taktes.

Aber ist eine solche Feier überhaupt nötig —? Haben wir keine anderen Sorgen —?

Das Kind liegt in der Wiege, und wir wollen gratulieren. Und wissen nicht, ob es denn den nächsten Geburtstag noch erleben wird. Und das schlimmste ist zweierlei: die Eltern wissen nicht, wie krank ihr Kind ist — und sie wissen nicht, wie leicht es zu kurieren ist.

Nach allen Mitteilungen, die ich in letzter Zeit bekommen habe, sieht es böse aus. Es steht nicht gut um die Republik. Sie hat harte, gefährliche, mächtige Feinde — und ein Haufe gleichgültiger, schadenfroher, politisch vernagelter Zuschauer wartet ruhig ab, was da werden wird. Es gibt nur eine Schicht, die die antirepublikanischen Militärs wirklich fürchten — und das sind die Arbeiter.

Die Geheimorganisationen sind in ihren Grundlagen nicht erschüttert — die Waffenlager auf dem Lande mögen sich etwas vermindert haben — zur Ueberrumpelung einer fast völlig waffenlosen Bevölkerung reichen sie immer noch aus. Die Geldgeber der antirepublikanischen Nebenregierung werden nicht gefaßt — obgleich man viele kennt. Und all das kann gar nicht anders sein und muß so seinen Fortgang nehmen, weil die Republik nicht den Beamtenkörper hat, den sie braucht. Sie hat an den entscheidenden Stellen keine zuverlässigen Beamten. Und entscheidend ist nicht nur der Minister — gerade der oft nicht — sondern der mittlere, ja selbst der untere Exekutivbeamte, der sabotieren und warnen, abbrechen und aufplustern kann — wie es ihm paßt. Es gibt einen deutsch-nationalen Lehrerbund, der die Bekämpfung der jetzigen Staatsform offen verkündet; die Richter sind (neben den Staatsanwälten) so ziemlich das Unzuverlässigste, das man sich denken kann — ihre Urteile in politischen Strafsachen zählen ja längst nicht mehr ernsthaft mit (leider nur noch für die Betroffenen) — und die Hauptmacht der Republik ist keine: die Reichswehr ist im überwiegenden Teil ihres Offizierskorps staatsfeindlich. Herr Ehlers pflegt in solchen Fällen zu klagen, hat zu bessern — und es ist möglich, daß seine staatsmännischen Gaben für den Posten des Bürgermeisters von Nürnberg ausgereicht haben, wo er den Schauspielern der dortigen Theater zeigte, was eine königlich-preussische Parke ist — an diesen verantwortungsvollen Posten aber gehört ein Mann, der etwas vom Bau versteht. Und nicht einer, der für sich und seinen in Unordnung gekommenen Laden einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß fordert, ihn dann durch Befehle seiner Generale sabotieren läßt und ihn selber in einem ungehörigen und provozierenden Erlaß herabwürdigt. Der Mann muß entfernt werden.

Der und mit ihm Taufende und Abertausende. Leistet die Republik diese Reinigungsarbeit nicht, dann hat sie den Putz. Der muß schon kommen, wenn sie die Auspönerung der Städte durch das Land weiterhin duldet — denn dieses Mal werden die Aufrechter schlaue sein und erst einen kleinen „kommunisten-aufstand“ einlegen, bevor sie die unglückliche Bevölkerung „befreien“. Der Kollege Watter ist groß im Ersünden solcher Armeen.

Und glückt der Putz — und er kann unter den jetzigen Umständen zunächst glücken —, dann kann diese

flaute Republik von ihren Gegnern lernen, wie man das macht, wenn man an der Macht ist. Die werden wissen, wie man mit gefährlichen Feinden verfährt. Regierungsrat wird da keiner werden.

In diesem Bahnsinn der Militärs und gewaltsamen Kapitalisten steckt ein gewisses System. Sie wollen immer wieder Frankreich gegen England auspielen und vergessen nur, daß auch England (bei aller Würdigung seiner großen Schwierigkeiten) kein Deutschland dulden wird, das so völlig jarristisch, national-bolschewistisch und terroristisch regiert werden würde wie jenes da, das in den Hinterzimmern der Weltmacht im Entstehen begriffen ist. Ein neues wilhelminisches Deutschland wird — trotz der großen Verschwägerung der heiderseitigen Aristokratien — ein fluger Engländer niemals dulden. Also: Katastrophopolitik.

Ein Gewissen haben diese Burschen niemals gehabt. Was gilt ihnen das Wohl des Landes? Des Landes, das nach seiner ruhigen Fortentwicklung säurell — und das Ruhe braucht — Ruhe und Frieden. Sie werden schießen, wie sie es schon einmal getan haben.

Da helfen Verfassungsfeiern nur, wenn sie wirklich mit der ganzen Bevölkerung vor sich gehen. Dazu wäre die Möglichkeit da gewesen — freilich nicht mit solcher kümmerlichen Vorbereitung, wo der Apparat wieder stärker war als der Zweck. Auch Massenpsychologie will erlernt sein — und ob der freundliche Baden des Herrn Strahl, die „Zentrale für Heimatsdienst“, gerade das geeignete Instrument ist, steht dahin. Bollbedrucktes Papier gegen den Versailler Vertrag ist ein gutes Geschäft für die Papierfabrikanten — irgendeine politische Wirkung hat das nicht.

Die Möglichkeit war da. Daß es nicht mehr geworden ist, lag nicht an den Republikanern — sondern, wie so häufig, an ihren Beamten. Es gibt schon ganz weite Schichten, die unbedingt hinter der republikanischen Staatsform stehen — man hat sie nur nicht recht zu erfassen verstanden. Wie man ja überhaupt eine Propaganda macht, die keinen Hund hinter dem Ofen hervorzulocken imstande ist.

Die Hauptsache der Republik besteht heute noch darin, daß sie keine Monarchie ist. Sie hat trotzdem nicht den Mut, sich offen gegen ihre Vorgänger zu erklären.

Verfassungsfeiertag —? Treibt es die Republik so weiter, wird sie nicht mehr oft in die Verlegenheit kommen, ihn feiern zu müssen. Und so, wie es im ganzen Bürgertum einhellig heißt, wenn vom Rechtsputsch gesprochen wird, so ist es auch: „Das werden sich die Arbeiter nicht gefallen lassen!“ — Sie werden es auch nicht. Geht dieser Winter gut vorüber — es wird ihr Verdienst sein.

### Zum Schutze der Republik

Wir entnehmen der sozialdemokratischen Presse: Der preussische Minister des Innern hat angeordnet, daß die Umwandlung politischer Kreisblätter in unpolitische zu erlassen sei. Diese Anordnung ist durch eine entsprechende Entschliessung des Landtages veranlaßt worden. Es ist gewiß richtig, daß die staatsfeindliche, reaktionäre Kreisblattpresse nicht mit den Geldern der Republik finanziert wird.

Aber warum bleibt man auf halbem Wege stehen, warum wird der Spieß nicht umgedreht? Würden die Anzeigen der Monarchie in konservativen Blättern veröffentlicht, so soll die Republik die ihren den republikanischen Zeitungen geben. Das liegt ebenso sehr im Interesse des neuen Staates, wie es ein Akt der Gerechtigkeit wäre. Oppositionelle Blätter bekamen früher, mochten sie noch so verbreitet sein, grundsätzlich keine Anzeigen der Verwaltungsbehörden, Landratsämter, Oberförstereien, Bauämter, Kirchenbehörden usw. veröffentlichten ihre Bekanntmachungen nur in den konservativen Blättern, die damit sonntags von Staats wegen finanziert wurden.

Heute leidet gerade die republikanische Vorkresse, die gegen die monarchistische Reaktion im schwersten Kampfe steht, bittere Not. Auch Genosse Severina wird wissen, daß zahlreiche republikanische Zeitungen in den letzten Jahren ihr Erscheinen haben einstellen müssen, und daß andere (meistens demokratische) Blätter, die in der Provinz auf halb verlorenem Posten stehen, aus geschäftlichen Rücksichten, um leben zu können, auf Wease aelagert sind, die sie bei wirtschaftlicher Unabhängigkeit nicht betreten hätten. Durch Zuweisungen von amtlichen Bekanntmachungen können Staat und Kommunen ihren notleidenden republikanischen Organen wertvolle Hilfe angedeihen lassen.

Die Monarchie dachte nicht daran, ihre Bekanntmachungen in unpolitischen Kreisblättern zu veröffentlichen, denn sie wußte genau, was sie an der monarchistisch-konservativen Presse hatte. Führt sich die Republik bereits so sicher, daß sie ihre republikanische Presse als nicht vernachlässigen zu können?

Auch unpolitische, rein praktische Erwägungen sprechen gegen amtliche Publikationsorgane. Bekanntmachungen sollen einem möglichst großen Leserkreis zuehen. Slaubt die Regierung wirklich, daß bei den heutigen Preisen amtliche Publikationsorgane Eingang in das Publikum finden? Mühen nicht vielmehr schon aus Sparmaßregeln die vorhandenen Publikationsmöglichkeiten unter Wahrung der politischen Interessen des neuen Staates auszunutzen werden?

Siehe also mit den Bekanntmachungen der Republik in die republikanische Presse!

Die hier entwickelten Gedanken sind vollkommen richtig. Werden sie in die Praxis umgesetzt, so wird gerade in der Provinz den reaktionären Bestrebungen ein schwerer Schlag veretzt.

### Reichswehr und Republik

Aus Bayern wird uns geschrieben: Zeitungsnachrichten zufolge ist auf Antrag der demokratischen Reichstagsfraktion bzw. des Reichswehrministers Gehler selbst ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt worden, der die Berechtigung der vielen gegen die Reichswehr erhobenen Beschwerden prüfen und feststellen soll.

Dieser Umstand ist Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß in München mindestens ein Drittel der gesamten Reichswehrsoldaten fortwährend die sie bezahlende Republik verhöhnt und die republikanische gestaute Bevölkerung provoziert, und zwar deshalb, als dieser immerhin erhebliche Prozentsatz von Reichswehroberbefehligen an Stelle der vorchristlich-militärischen schwarzen runde Kofarde entweder die alte schwarze runde Kofarde (schem. Offizierskofarde)

# Die Londoner Verhandlungen

## Der Kampf um die zehn Punkte Lloyd Georges

(D.L.) London, 12. August. Die Lage in London ist noch immer gespannt. Natürlich denkt heute niemand mehr an ein Aufheben der Konferenz, aber das Kompromiß Lloyd Georges ist noch nicht angenommen und die Sachverständigen haben heute den ganzen Vormittag darüber beraten. Die entscheidende Konferenz wird erst heute nachmittag zusammentreten. In gutinformierten Kreisen verlautet, daß Poincaré das Moratorium nur bis zum 31. Dezember d. J. befristet und daß er von einem längeren Moratorium nichts wissen will. Im übrigen hält man es nicht für wahrscheinlich, daß die zehn Punkte noch eine wesentliche Änderung erfahren werden. Redaktionelle Änderungen dürften dagegen nötig sein, da die Franzosen mit einigen Punkten noch nicht ganz einverstanden sind. Gleichzeitig will man heute nachmittag auch über den Zeitpunkt der neuen Konferenz einen Beschluß fassen, da die Franzosen erklären, daß die Konferenz nach heute ende, weil Poincaré nach Paris abreisen müsse. Die Engländer sollen verlangt haben, daß die neue Konferenz im Oktober wieder in London stattfinden soll.

Der „New Yorker Herald“ meldet als Bekätigung verschiedener Mitteilungen von Freitag, daß das Bankierkomitee tatsächlich Mitte September zusammentreten soll, um auf Grund der durch die Londoner Konferenz geschaffenen neuen Lage nochmals die Frage einer internationalen Anleihe für Deutschland zu beraten.

## Isolieraktion — Vertragsbruch

Paris, 12. August. Nach dem „Daily Telegraph“, der vor einigen Tagen den aktiven Gehenshand beobachtet hat, weiß nun auch der „Temps“ auf die Gründe hin, die es Frankreich umwälzen lassen, eine isolierte Aktion gegen Deutschland zu unternehmen. Der Friedensvertrag lasse nämlich nur einen Weg für eine solche Aktion offen, nämlich, wenn zuvor die Reparationskommission ein abschließendes Verzeichnis Deutschlands feststellt habe. Solange dies nicht geschehen sei, würde eine isolierte Aktion einen Vertragsbruch bedeuten und somit die Alliierten und auch Deutschland von der weiteren Beachtung des Vertrages entziehen. Diese Tatsache müsse den Kritikern der Politik Poincarés immer wieder vor Augen gehalten werden.

## Die Dauer des Moratoriums noch unbestimmt

Paris, 12. August. Der Londoner Berichtshalter des „Journal“ erklärt, daß nach seiner Kenntnis die Frage der Dauer des Moratoriums noch nicht geregelt sei. Die Engländer hätten eine sehr lange Frist vorgeschlagen, teilt aber seien zwei Zeitpunkte wahrscheinlich, der 31. Dezember d. J. und der 31. März 1923. Für eine Entscheidung sei vielleicht im Herbst eine neue Konferenz notwendig, bei der dann auch die allgemeine Lösung des Reparationsproblems angeschnitten werden könnte.

## Die Verständigung marschiert

(E.L.) London, 12. August. Die Lage der Konferenz ist folgende: Zwischen Lloyd George und Poincaré ist gestern eine Einigung in den 6 Punkten des englischen Programms erfolgt: Reichsbank, schwelende Schuld, Ausfuhrbegabe, Beschlagnahme der Zölle, Ueberwachung des Budgets und Kapitalflucht.

Die Sachverständigen haben gestern nacht und heute morgen über den 7. und 8. Punkt des Programms: staatliche Wälder und Gruben beraten. Hierin gingen die Meinungen stark auseinander, besonders deshalb, weil es sich um verschiedene Auffassungen des Begriffes Pfänder handelt. Nach dem englischen Recht schließt die Pfändergründung den Gedanken des vollen Besitzwechsels im Fall der Liquidierung der Pfänder in sich. Die Engländer wollen aber einer solchen Prozedur nicht zustimmen. Die Franzosen und Belgier erklären dagegen, daß nach römischem Recht bei einer Liquidierung der Pfänder nur teilweise am Erlös der Pfänder beteiligt ist. Die Diskussion nahm in gewissen Augenblicken einen sehr erregten Charakter an. Eine juristische Einigung

trägt, oder die neue ovale Kofarde, jedoch mit weisem, statt mit altem Grunde.

Diese „Republikaner“, denen die Republik gut genug ist, sie zu ernähren und sie zu bekämpfen, lehnen es ganz offen und unverhohlen ab, das Oberste der Republik zu tragen und lassen sich darin, ihre republikanische Gesinnung durch das Tragen schwarze runde Kofarden öffentlich und von keinem Vorgesetzten jemals irgendwie behelligt zu belunden.

Für Münchener Verhältnisse ganz selbstverständlich lehnt es der hiesige Schumann rundweg ab, einen solchen Burschen selbst oder auf Anzeige hin zur Rede zu stellen und dessen Personalien festzuhalten.

Der Münchener Schumann trägt ja selbst den mit dem bayerischen Königswappen verzierten Helm nicht weißblauer und schwarze runde Kofarde an beiden Seiten. Was wäre einem Soldaten in der Vorkriegszeit passiert, der an Stelle der damals vorchristlich-militärischen Kofarde die heute vorchristlich-militärische getragen hätte?

## Der „Landesverrat“ des Genossen Fehrenbach

Die Verhaftung der Genossen Kämpfer und Winter, der Redakteure unseres Münchener Parteiblattes, war damit begründet worden. Sie hätten den vor Verzicht verlesenen Brief Fehrenbachs an Berlin, aus dem sich die Schuld Deutschlands an dem Ausbruch des Krieges ergab dem Pariser „Temps“ vor seiner Bekanntgabe vor Gericht übermitteln. Dazu bemerkt der „Temps“ in seiner achtbaren Moratenaussage:

„Wir kennen die Gründe nicht, die die bayerische Regierung veranlaßt haben, die Herren Winter und Kämpfer zu verhaften, aber wir stellen fest, daß wir die zwei genannten Redakteure des Münchener Blattes nicht kennen und daß sie nie weder in direkter noch indirekter Beziehung zu dem „Temps“ standen, der nie etwas von ihnen gehört hat.“

Diese Anschuldigung ist also schnell als selbstverstandlich abgelehnt. Aber die Kuffauer waren vorsichtig. Sie behaupten nämlich, die Verhafteten hätten außer mit dem „Temps“ mit noch anderen „französischen Stellen in Verbindung“ gestanden. Der französischen Stellen gibt es so viele, daß nicht an Gefährden ist, von allen Stellen einen so ungewöhnlichen

wurde in letzter Stunde erzielt. Es verblieb nur noch, die praktischen Modalitäten der Verwendung der Pfänder zu bestimmen. Die französischen, belgischen und italienischen Sachverständigen sind darin einig, die staatlichen Wälder und Gruben im Rheinland und im Ruhrgebiet einem Regime zu unterstellen, wodurch den Alliierten regelmäßiger als bisher Kohlen- und Holzlieferungen gesichert werden sollen. Die Sachverständigen haben aber noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Heute nachmittag haben sie die Beratungen fortgesetzt und sind im besonderen auch mit der Anleihe nach dem Moratorium beschäftigt. Man hofft, daß sie ihre Arbeit heute abend abschließen werden. Das Datum der nächsten Vollziehung der Konferenz ist noch nicht bekannt geworden. Die Regierungen von Rumänien, Serbien und Portugal haben heute bei der englischen Regierung einen Schritt unternommen, um an den Sachverständigenberatungen ebenfalls teilzunehmen.

## Frankreich kann nicht zahlen

(E.L.) Paris, 12. August. Laut „Chicago Tribune“ teilte die französische Regierung dem Präsidenten der Schuldenkommission, die mit der amerikanischen Schuldenkonsolidationskommission in Verhandlungen steht, Parmentier, mit, daß er die amerikanische Regierung verständigen wolle, Frankreich hoffe, in 18 oder 24 Monaten in der Lage zu sein, einen praktischen Plan zur Rückzahlung seiner Schulden vorzulegen. Nachdem Parmentier der amerikanischen Kommission die gegenwärtige Unfähigkeit Frankreichs dargelegt hatte, Zinsen oder Kapital für eine Anleihe zu bezahlen, fragten die Amerikaner, ob Frankreich glaube, irgend einen Plan zur Rückzahlung in nächster Zeit vorlegen zu können. Der „Daily Dorian“ drückte diese Anfrage der amerikanischen Kommission an Poincaré in London, der sofort seine Antwort formuliert, die gegenwärtig nach Washington weitergeleitet wird.

## Die Sachverständigen-Verhandlungen auf einem toten Punkt

(E.L.) London, 12. August. Die Reporter erzählen, daß die Verhandlungen des Sachverständigen-Ausschusses über die Kontrolle der deutschen Bergwerke und Forsten auf einen toten Punkt gelangt. Die Angelenheit müsse nun an die Ministerpräsidenten verwiesen werden. Die Klut zwischen den Alliierten sei tiefer denn je. Die Franzosen beständen darauf, daß das Moratorium am 31. Dezember 1923 enden müsse, die Italiener schlugen vor, es Ende 1923 aufheben zu lassen, während die Engländer und Belgier sich für einen noch längeren Zeitraum aussprechen.

## Die nächste Vollziehung der Londoner Konferenz

(E.L.) London, 12. August. Lloyd George fragte bei Poincaré an, ob er einem Rufschrei der Konferenz der Ministerpräsidenten bis zum nächsten Montag zustimmen würde. Poincaré erklärte sich unter der Bedingung hierzu bereit, daß von der Reparationskommission in der Frage des Moratoriums vor dem Zusammentritt der Ministerpräsidenten am Montag keine Entschlüsse getroffen würde. Unter diesen Umständen wird also die nächste Vollziehung erst Montag 11 Uhr in der Downing Street stattfinden. Diese Verschiebung war um so notwendig, als man in London allgemein befürchtet, daß die Sachverständigen heute abend mit ihrem Bericht nicht fertig werden würden. Schon aus diesem Grunde hätte eine Besprechung der Ministerpräsidenten morgen nicht erfolgen können.

## Dr. Bergmann in London eingetroffen

(E.L.) Paris, 12. August. Dem „Intransigent“ wird aus London gemeldet: Heute nachmittag herrscht wieder großer Bestimmtheitsmangel. In der Frage der Bergwerke und der Reduktionen in bisher noch keine Möglichkeit an einer Einigung gefunden. Staatssekretär Dr. Bergmann ist aus Berlin in London eingetroffen. Er plädiert dafür, daß es Deutschland ummöglich sei, den Artikel 10 anzunehmen.

Beweis der Unhaltbarkeit der Anklage in die Öffentlichkeit gebracht zu sehen. Die Anhaftung kann also nicht fortgesetzt werden. Was für die Genossen Winter und Kämpfer gilt, gilt in dieser Beziehung auch für den Genossen Fehrenbach.

## Die Belakunigen

Der alte Heinrich, der Chefredakteur der „Roten Fahne“ führt sich gegen und ausnahmsweise selbst einmal in aktiver Unform. Die ganze Sitzung macht einem weiland ähnlichen Gefühl nicht viel Ehre. Persönliche Angriffe, „Lügen“, „Walla verückt“ — das ist alles. Wir übergehen deshalb dieses Geschreibsel und beschränken uns auf das Eingehen auf eine andere Notiz in der „R.F.“. Auf unsere Aufforderung, für die schmutzigen Andeutungen und Verdächtigungen gegen unsere Zentralleitung Beweise zu bringen, finden wir nunmehr folgendes Verlegenheitsgestammel:

„Wir fordern die „Freiheit“ auf, ehe sie von uns etwas will, erst einmal auf die Fragen zu antworten, die wir bereits vor Tagen gestellt haben: woher kommt das Geld für die Errichtung einer U.S.P.-Druckerei im Saarrevier? Wann werden Kurt Rosenfeld und Theodor Liebl nicht in öffentlicher Versammlung vor der Berliner Arbeiterkammer Rechenschaft abgeben über ihre Moskauer Reise? Erst die alten Schulden begleichen, dann reden wir!“

Was die Einlösung der U.S.P.-Druckerei im Saarrevier anbelaat, so haben wir wiederholt, zuerst erst in der „Freiheit“ vom 30. Juli klipp und klar beantwortet. Das führt natürlich die Ehrenmänner der „Roten Fahne“ nicht im geringsten. Sie machen es wie die Antifemiten: Nur frech darauf los verleumdet und aelogen, es wird schon etwas haueken bleiben. — Denn im Hörchen die „Rote Fahne“ gläubt, ihre unbewiesbaren Anschuldigungen durch Angriffe auf andere Genossen Rosenfeld und Liebl nicht abzuwehren, soll ihr das nicht gelingen. Wir fordern nochmals öffentlich den Beweis dafür, daß unsere Zentralleitung Bekundungsakten von irgend einer Seite angenommen hat.

Neuwahlen in Litauen. Laut Verfügung des litauischen Präsidenten finden die neuen Parlamentswahlen am 10. und 11. Oktober d. J. statt.

## Der Fall Gager soll ungeführt bleiben

Behandlung werden Anträge aus den Akten der Verhandlung gegen den Belgiermörder v. Gager veröffentlicht. Von der Darstellung der eigentlichen Tat wird nichts mitgeteilt, das nicht schon bekannt wäre. Nur ist folgendes:

Die Aktion ergab das Vorhandensein von zwei Brüllschüssen, von denen der eine nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen unbedingt tödlich, der andere ein lebensgefährlicher Lungenschuss war. Welcher Schuss zuerst abgegeben worden ist, hat sich nicht feststellen lassen. Ein Nachschuß ist nach Ansicht der Sachverständigen keiner der beiden Schüsse gewesen. Gager und Stolberg grüben dann mit dem Spaten den Erschossenen ein.

Die Leiche wurde im September 1915 durch einen Unfall gefunden. In dem anschließenden Untersuchungsverfahren wurde Gager, ehe sich der Verdacht gegen ihn verdichtet, eidlich als Zeuge vernommen und machte unter seinem Eide, um jeden Verdacht von sich abzuwenden, wissentlich falsche Angaben.

Das Verbrechen hat Gager des Verbrechens des Totschlages schuldig befunden. Die Annahme einer Täterschaft im Zweikampf hat es ausdrücklich von sich gewiesen. Das die Tat mit Ueberlegung auszuführen worden sei, hat das Gericht verneint, weil es zu der Auffassung gelangt ist, das Gager zunächst den Zweikampf beabsichtigt habe und dann, als der Baron hierauf nicht eintraf, und Gager infolgedessen seine Hoffnung auf eine Vereinigung mit der Baronin hinsichtlich der Ueberlegung verloren habe.

Aus diesem Grunde hat das Gericht nicht wegen Mordes, sondern nur wegen Totschlages verurteilt. Es hat jedoch festgestellt, daß die Tat an einem Mord an Grenze und im Strafmaß bis nahe an die äusserste Grenze, die beim Totschlag fünfzehn Jahre Zuchthaus beträgt, gegangen. Es hat wegen des Totschlages auf 14 Jahre 6 Monate Zuchthaus erkannt und diese Strafe mit einer zugleich wegen des Mordes verhängten Zuchthausstrafe zur höchsten zeitigen Zuchthausstrafe von 15 Jahren vereinigt. Prinz Stolberg ist nur wegen Beihilfe zum Zweikampf bestraft worden.

Das Gericht hat angenommen, das Gager ihn in dem Glauben gehalten habe, es handle sich um ein Duell. Dem Prinzen Stolberg ist durch die Amnestie vom 27. Januar 1917, unter die alle militärisch verhängten, sechs Monate nicht übersteigenden Freiheitsstrafen fielen, der nicht verbüßte Rest der Strafe erlassen worden. Er ist im Jahre 1917 schwer verwundet worden und 1920 in St. Vlasen a. Rord. Gager, der seit dem 28. März 1918 in Untersuchungshaft war, hat seine Strafe bis zum 16. Januar 1919 im Zuchthaus zu Buchbach verbüßt, dann ist er auf Grund der militärischen Amnestie des Rates der Volksbeauftragten vom 7. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1415) aus dem Zuchthaus entlassen worden. Durch § 5, Absatz 2 dieser Verordnung wurde auch solchen Beurteilt, die noch mehr als ein Jahr Freiheitsstrafe zu verbüßen hatten, der Rest mit einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren erlassen falls die Erwahrung gerechtfertigt war, das sie die Freiheit nicht zu neuen Straftaten mißbrauchen würden. Diese Vorschrift ist durch Entschluß des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts auf Gager angewendet worden. Eine Kritik dieser Amnestierung verlag sich die Reichsregierung. — Gager selbst im Ausland. Die strafrechtliche Verfolgung gegen ihn wie immer aufzunehmen, ist angesichts der erfolgten Amnestierung nach den bestehenden Gesetzen unmöglich.

Die Erklärungen der Regierung können in keiner Weise befriedigen. Die mit der Leitung der Untersuchung und der kommissarischen Kriegsgerichtsverhandlung betraut gewesen Beamten sind nach dem, was in der Brügger Verhandlung festgestellt worden ist, des Amis Mißbrauchs zugunsten zweier gemeiner Mörder stark verdächtig. Die deutsche Regierung muß die belgischen Akten anfordern und gegen diese Leute vorgehen, wenn sie den durch diesen Prozeß vollends zugrunde gerichteten Ruf der deutschen Rechtspflege im Ausland herstellen will. Auch die Frage ist zu prüfen, ob der Präsident des Reichsmilitärgerichts Amtsmißbrauch getrieben hat, als er Gager amnestierte. Das mag der Regierung unbehagen sein, muß aber durchgeführt werden, wenn die Benennung der Deutschen als „Sunnen“ nicht bestehen bleiben soll.

## Zum Attentat gegen Scheidemann

Geständnis der Attentäter.

Der Oberstaatsanwalt teilt mit, daß der Anschlag auf Scheidemann nunmehr völlig aufgeklärt ist. Die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Cassel im Café sitzgenommene Anschlagbande Duxert und Dehlschlager haben gegenüber dem nach Cassel entsandten Beamten der Casseler Kriminalpolizei ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach haben beide die Tat nach vorheriger Beratung gemeinsam ausgeführt. Als sie am Dienstag nachmittags Scheidemann in die Sitzbahnwagen setzten, fand sie ihn an der Hand und während des Ganges von Wilhelmshöhe durch den Wald hinter ihm hergezogenen Dehlschlager ertrug in einem Blechbehälter die Blaue Kurexosphäre. Außerdem führten sie eine Revolverpistole mit sich. Auf dem einmündigen Weg nach Wölsdrub hielt Dehlschlager den Zeitpunkt zur Ausführung der Tat für gekommen und überreichte die Pistole dem Duxert mit den Worten „nun mach's". Duxert hat dann in der bekannten Weise Scheidemann die Blaue Kurexosphäre ins Gesicht geschossen. Dehlschlager hielt sich in unmittelbarer Nähe auf. Als er Scheidemann fallen sah, hielt er ihn für erledigt und ergriff wie Duxert die Flucht. Ueber die Herkunft der Blaue Kurexosphäre beide jede Auskunft. Sie bestreiten entschieden, in Cassel Mitwisser gehabt zu haben.

## Zur Brotpreiserhöhung

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gibt eine Begründung für die Erhöhung der Brotpreise. Das Umlagegetreide sei von 2100 M. für Roggen und 2300 M. für Weizen auf 6900 M. für Roggen und 7400 M. für Weizen gestiegen. Das Umlagegetreide bildet aber nur einen Teil des zur Brotverfertigung benötigten Getreides. Der Preis für das im freien Handel zu erhaltende Getreide hat sich aber von 3400 M. für Roggen und 4800 M. für Weizen auf 19.000 M. für das erstere und 18.000 M. für das letztere erhöht. Daher sei eine Preissteigerung für das an die Kommunalverbände zu liefernde Getreide von 3482 M. an die Durchschnittsmitte auf 11.000 M. unumgänglich gewesen. Ohne Umlagegesetz hätte man den Preis weit mehr in die Höhe setzen müssen. Es ist richtig, daß nachdem die Elemente uns unterlegt hat, aus Es ist richtig, daß nachdem die Elemente uns unterlegt hat, aus Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, so eifrig und mit Erfolg für den Abbau der Finanz-

# Die Großbank der Ehrhardt-Leute

Vor uns liegt das Original folgenden Schreibens:

Ehrhard v. Pustkammer, München, den ...  
Kgl. Preuss. Hauptmann a. D.  
München, Georgenstr. 91, III.  
Fernruf 31 675.

Sehr geehrter ...  
Herr Klaus Ed. der Hauptkassierer des „Miesbacher Anzeiger“, unser Freund, Förderer und Mitarbeiter, stellt uns in liebenswürdiger Weise Ihre Adresse zur Verfügung, und ich erlaube mir nun einige Minuten Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Einige hohe deutsche Offiziere unter Führung des Herrn Kaiserl. Korvettenkapitän Ehrhardt in Wien haben sich an einem ungarischen Bankhaus mit Sitz in Budapest beteiligt und beschließen, daselbst eine deutsch-ungarische Großbank auszubauen. Die Idee ist auf den denkbar fruchtbarsten Boden gefallen, denn in allen außerdeutschen Kreisen finden wir die lebhafteste Unterstützung und Förderung unseres Planes. Während an erster Stelle stehen dabei angegebene Großgrundbesitzer, Rittergutsbesitzer, Großlandwirte usw.

Unser Vaterland leidet durch den Schandvertrag von Versailles tief gebüßet am Boden und so erachten wir es als unsere Pflicht, dem Deutschland eine Brücke nach neuen Ländern zu bauen, die uns noch sympathisch gegenüberstehen, in denen der Deutsche noch etwas gilt, ja geschätzt und verehrt wird. Dies ist im wahren Sinne des Wortes

heute nur im Reich Ungarn

der Fall, also in jenem Lande, wo wieder Ordnung und Recht herrschen und das mit einer kaum glaublichen Schnelligkeit seinem ruhelosen Wiederaufbau entgegensteht.

Frankreich und England haben in Ungarn bereits große wirtschaftliche Pläne durchgeführt, und es war höchste Zeit, daß auch Deutschland nicht länger zurückbleibe. Wer sollte dies nun aber tun, wenn nicht aufrechte Deutsche, die fern von jedem Internationalismus, noch ihr Vaterland lieben und sowohl um dessen Zukunft, wie um die Zukunft seiner einzelnen Mitbürger, die im Ausland für Brot suchen, besorgt sind.

Der Name des Herrn Kapitän Ehrhardt dürfte Ihnen nicht unbekannt sein. Ja, auch Sie müssen ihn als einen der wenigen freigelegenen konstanten Männer schätzen, die nicht umgefallen sind und die auch, wenn es einmal heißt, das Vaterland vor dem Kommunismus zu retten, wieder ihren Mann stellen. Das Nächstliegende war nun

die Schaffung einer Großbank.

Die ihrerseits sich wieder an allen in Betracht kommenden Industrieen beteiligen, um so Hunderten und Tausenden Deutschen Stellung und Brot zu bieten. Das wird jeden Judenteinfluß zerhacken und somit auch jegliche Beteiligung von jüdischem Kapital zurückweisen. Sieht auf der Hand.

Ich wende mich nun namens des deutschen Konsortiums an Sie mit der Frage, ob wir auf Sie zählen können. Millionenbeträge sind uns seit Beginn unserer Arbeit bereits zugesagt, doch auch die kleinste Summe ist uns erwünscht, denn selbst durch den kleinsten Betrag kommen wir einige Schritte weiter.

Neben der nationalen Pflicht der Förderung eines so wichtigen Werkes darf jeder Deutsche aber auch einen besonderen Fall nicht außer Acht lassen: die Möglichkeit, daß der Kommunismus unser Land überflutet, dann ist es gewiß doch von höchstem Werte, möglichst eine Summe im Auslande liegen zu haben, die vor Not und Elend schützt. Denken wir zum Beispiel nur an jene armen Russen, die einst höchst vermögand waren, denen man nach dem Weltumwälzung alles abnahm und die dann bettelarm ihre heimatische Scholle zu verlassen und in ein fremdes Land zu ziehen gezwungen waren! Wie glücklich waren dagegen jene ihrer Gesinnung und Leidensgenossen, die in diesem fremden Lande Werte besaßen, die sie hätte machen und so sich und ihre Angehörigen vor dem völligen Ruin bewahren konnten. Wenn dieses Land nun so gar Ungarn heißt, wo jeder

wirtschaft auf allen Gebieten der Ernährung ins Zeug legte, die Preisgestaltung sich zwangsläufig den Vorkriegsverhältnissen ziemlich parallel bewegen muß. Dafür hat das Volk sich bei denen zu bedanken, die allen Bemühungen unserer Partei, die Bewirtschaftung des Brotgetreides unter Kontrolle zu halten, sich entgegenstellen. In Ruß und Prometen der Agrarier, die es so trefflich verstehen, der notleidenden Bevölkerung das Fell über die Ohren zu ziehen, wurde die Zwangsbeschaffung ausgebrochen. Nur mit Mühe und Not war es möglich, für das neue Ernährungsjahr das Umlagegesetz zu erneuern. Und auch das nur, weil in den ersten Tagen nach dem Mord von Rathenau, in denen dieses Gesetz erneuert wurde, den Parteien der Agrarinteressen infolge der gelagerten Volkedemonstrationen das Herz um etliche Dezimeter tiefer gerutscht wäre.

## Ende des Stille'schen Bahnhofsmonopols

Reichsverkehrsminister Groener hat ein Rundschreiben an die Fraktionen des Reichstags gerichtet, in welchem er einleitend bemerkt, über die Stille-W... waren in der Presse verschiedentlich falsche Angaben gemacht worden. Er lege Wert darauf festzustellen, daß die Bestimmungen des Bahnhofsbahnhandels neu geregelt werden sollen. Bei der Beratung hierüber sollen auch Mitglieder des Reichstages zugezogen werden. Die Fraktionen werden gebeten, ein Mitglied zu dieser Beratung, die vornehmlich am 17. August stattfinden werde, zu delegieren. Der Entwurf der neuen Bestimmungen und die definitive Einladung werden den Fraktionen in den nächsten Tagen zugehen. Es ist also zu erwarten, daß mit dem Stille'schen Bahnhofsmonopol aufgeräumt wird.

## Die Teuerung in Oesterreich

Welt schimmer als die Lage der deutschen Bevölkerung ist die der Bevölkerung Oesterreichs. Die österreichische Regierung hat sich sogar genötigt gesehen, der Londoner Konferenz durch ihren Gesandten mitzuteilen, daß im Falle der Beizugung von Krediten die österreichische Regierung ihre Macht der Orientie übergeben werde. Der Sturz der Krone erfolgte regelmäßig gleichzeitig mit dem der Mark, jedoch in einem stets mehr beschleunigten Maße. Die arbeitende Bevölkerung bricht unter der Teuerung schier zusammen. Der Brotpreis wurde für die kommende Woche auf 3140 Kronen für ein Kilogramm festgesetzt. Die Teuerung der übrigen Lebensmittel bewegt sich in ähnlich gesteigerter Höhe. Wie weit die Verzweiflung bereits gediehen ist, erfährt man daraus, daß

kommunistische Versuch wohl auf alle Seiten unumgänglich ist, so braucht es eigentlich keinen Moment der Ueberlegung.

Ich möchte nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die von unseren Freunden

erworbenen Aktien in Ungarn liegen bleiben.

Darin ist die Sicherheit der Anlage zu suchen, und nicht etwa in der Steuerflucht (!!), welche unterseits in keiner Weise geschützt würde.

Was soll ich Ihnen weiter sagen? Jedes Wort ist gegenüber dem Borenwänter belanlos.

Ich will vorläufig auch nur wissen, ob Sie persönlich ebenfalls meiner Anregung sympathisch gegenübersehen. Alles weitere wird sich dann von selbst er ergeben. Doch es sich um eine allerkränigste Gesellschaft

handelt, der die besten Männer Ungarns angehören, und daß auf der anderen Seite in der heutigen Zeit sämtliche treuereinstimmten deutschen Männer zusammenhalten und für ein deutliches Werk alles tun müssen, was in ihren Kräften liegt, darüber besteht sicherlich auch bei Ihnen keine Zweifel. Ihre Gesinnung und Ihr Charakter, nicht die Höhe Ihrer Beteiligung, ist mir daher auch einig und allein maßgebend.

Für unser Konsortium reisen 6 Offiziere, die unsere Freunde selbst in den entlegensten Gegenden besuchen, denn wir pflegen ohne vorherige mündliche Rücksprache keine Zeichnungen entgegenzunehmen.

Sollten Sie wider Erwarten eine uns entgegengelegte politische Weltanschauung vertreten, so bitten wir, von jeder Beteiligung abzuweichen, denn wenn es sich auch um eine hochverdienstliche stets steigende Auslandsanlage handelt, so soll nicht dies entscheidend sein, sondern unsere Freunde müssen ohne Bedenken, ohne Zweifel und Ängern, aus aufrichtiger Ueberzeugung an unsere Seite treten. Jedner, welche vor 6 Monaten Aktien erworben, haben in dieser Zeit allein am Kurs bis zu 200.000 Mark verdient, und haben dabei die Vermögenswerte, ein Urogenationales, christliches Werk gefördert zu haben.

Vorerst aber handelt es sich, wie bereits mehrfach hervorgehoben, nicht um eine Zeichnung, sondern einzig und allein um die Anfrage, ob Sie von dem gleichen Gedanken wie wir befeelt und bereit sind, mit unseren Vertrauensleuten eine Aussprache herbeizuführen.

Ich möchte nur noch festhalten, daß wir uneigennützig, ohne Gewinninteressen handeln und daß das Unternehmen keinerlei politische, sondern lediglich deutsche wirtschaftliche Pläne verfolgt und erwarte von Ihnen gerne mittels der insatendenden frankierten Karte eine unterer vaterländischen Arbeit und ihrer Ueberzeugung entsprechende Antwort.

Mit deutschem Gruße

Namens des deutschen Konsortiums:  
Gen. Ehrhard v. Pustkammer."

1 Karte.

Datum und Anrede haben wir aus naheliegenden Gründen fortgelassen, bemerkt sei nur, daß das Schreiben aus der Zeit nach der Ermordung Rathenaus stammt. An dem Inhalt ist manderlei bemerkenswerth. Einmal die gewandte Form der Anpreisung, die der gerissenste „Jude“ nicht übertreffen könnte. Im gleichen Atemzuge wird Stellung gegen den Internationalismus genommen und gleichzeitig Propaganda für ihn gemacht. Ehrhardt und seine Garde pressen sich als die kommenden starken Männer an, die „wieder ihren Mann stellen“. Zugleich wird erklärt, das Unternehmen verfolge keine politischen Ziele. So gehen eine Reihe bezeichnender Parallelen durch das Schriftstück. Alle Finanz- und Justizminister und alle Polizeichefane sollten sich die Ehrhardt'sche Großbank näher ansehen, denn sie besitzt infolge der weiten Verbreitung, deren sie sich rühmt, Interesse auch in den „abgelegenen Gegenden“.

die Arbeiter Solzburgs beschlossen haben, gegen die dort beginnenden Festspiele zu demonstrieren, falls nicht noch vor deren Öffnung entsprechende Maßnahmen gegen die Teuerung getroffen werden.

## Zusammenschluß der Rektionäre

In Rönigsberg tagte eine Delegiertenversammlung des „Landbundes Ostpreußen“ und des Bauernbundes. Die beiden Jungklub haben sich zu einem „Landbund Ostpreußen“ zusammengeschlossen und beschließen, dem ultrareaktionären Reichslandbund beizutreten. Ehrenvorsitzender der neuen Organisation wurde der berüchtigte Didenburg-Januschan.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Der Reichsrat stimmte in seiner letzten Sitzung am 20. Juli d. J. einer Vorlage der Reichsregierung zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zu. Die Unterstützung für Personen über 21 Jahre, die nicht im Haushalt eines anderen leben, sowie die Familienzuschläge werden durchschnittlich um 50 v. H. erhöht. Die neuen Sätze sollen am 14. August d. J. in Kraft treten. Eine entsprechende Verordnung wird im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden.

Neuer Landrat. Das Staatsministerium hat, wie die P. P. R. hören, den kommissarischen Landrat Krenmler endgültig zum Landrat des Landkreises Hamm ernannt, in dem befähigt vor einiger Zeit der Landrat Schagem-Veltum zur Disposition gestellt worden war. Krenmler ist aus der mittleren Beamtenklasse hervorgegangen und war zuletzt Regierungsdirektor bei der Regierung in Düsseldorf. Politisch steht er der Sozialdemokratie nahe.

Zur Haftentlassung des Herrn von Röhne. Wie der amtliche Preussische Pressedienst von zuständiger Stelle erfährt, wird von der Staatsanwaltschaft gegen die Haftentlassung des Herrn von Röhne beim Straßenrat des Kammergerichts Beschwerde eingelegt werden.

1 Dollar = 795 Mark

Zähne 30 u. 35 Mk. mit Friedenskautschuk  
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 60 Mk. an  
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.  
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1 (Hochbahnstation).  
In den letzten 2 Jahren über 3500 Zähne zur vollsten Zufriedenheit gezogen.

# Nutze dein Herdfeuer!



## Frikadellen, zart und fein.

Werden oft willkommen sein,  
Und fürwahr sie sind ein Segen  
Selbst für ganz verwöhnte Mägen.  
— Wenn sie in der Pfanne schwitzen.  
Laß Persil\*) der Wäsche nützen!

\*) Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.

Einzelne  
**Möbel**  
in Nußbaum und  
Eiche usw. kompl.  
Schlaf- und Wohn-  
zimmer, Sofas, Ein-  
betten, Nebentische,  
weiße u. farbige  
**Rüchen**  
zu niedr. Preisen  
und auf bequeme  
Zahlung  
**Grebler**  
Weinbergsweg 4  
am Rosenthal Tor

Gegründet 1894.  
**Herabgesetzte Preise**

## Damen-Mäntel

Sommer u. Herbst

|              |                  |      |                    |      |      |      |
|--------------|------------------|------|--------------------|------|------|------|
| Homespun     | Dunstl.-Schleier | 950  | Kostüme            | 1850 | 690  | 350  |
| Fuch         | Wasser de laise  | 1250 | Selden             | 2500 | 2250 | 1250 |
| Strickjacken | Wäsche           | 1150 | Kinderstrickjacken | 1350 | 850  | 675  |
|              |                  | 1550 |                    |      | 1350 | 850  |
|              |                  | 1550 |                    |      |      | 875  |

● **Neue Winter-Konfektion** ●  
jetzt noch zu sehr billigen Preisen  
Winter-Ülster, Seal-Püsch-Mäntel, Biberlitt-Mäntel,  
Spezialität: Extra-Weiten und Längen Damen-  
M. Mosczytz, Landsberger Str. 59 am Alexanderplatz,  
Sonnabends und Sonntags geschlossen.

### Theater- und Vergnügungen

**Volkstheater**  
nachm. 3 Uhr  
Der Freischütz  
7 1/2 Uhr  
Carmen

**Neues Theater**  
7 1/2 Uhr  
Das Glas Wasser  
Kammerspiele  
7 1/2 Uhr  
Er ist an allen Achseln  
Die seltsame Heide  
Großes Schauspielhaus  
8 Uhr  
Orpheus u. d. Unterwelt

**Königgrätzer Str.**  
8 Uhr  
Die wunderliche  
Geschichte des Kapitän  
Maximilian Krüger

**Komödienhaus**  
8 1/2 Uhr  
„Gretchen“

**Berliner Theater**  
7 45 Uhr  
Madame Fliri

**Walhalla-Theater**  
7 1/2 Uhr  
Er und seine Schwester

**Pötte - Bühnen**  
Taglich 8 Uhr  
Residenz-Theater

**Fedora**

**Trianon-Theater**  
**Femina**

Theater  
am Nollendorferplatz  
7 1/2 Uhr  
Verliebte Leute

**Theater des Ostens**  
8 Uhr - Konzert  
7 1/2 Uhr - Es leben wir.

**Kasino-Theater.**  
Die Berliner Fosse  
Lämmelmanns  
Bummelfahrt.

Einzelne  
**Zielka**

Friedrichstr. 99-100,  
Ecke Leipziger Str.

**Heltere Spiele u.**  
Margareten-Soal  
Varieté-Kabarett  
nachm. 4 1/2, abends 7 1/2.

Theater am  
Kottbusser Tor

Jed. Abend  
7 1/2 Uhr:  
Elite-  
Sänger  
Volkspreise!

## INDRA-PARK

OREIFSWALDER STR. 128-33  
Neue, Sonntag:  
Großes HÖHEN- u. FRONT-  
FEUERWERK  
Indra-Orchester Wolff - Musik - Attraktionen - Gebläse - Tannenz  
Eröffnung 5 Uhr.

### Die Stadt des Satans

5 Akte,  
7 u. 9 Uhr, Sonntags 5 u. 9 Uhr

### Metallkontor

W. John  
Alte Jakobstr. 138.

## Dessin Möbel

gut und billig  
Chausseestr. 105.

## Zahle für

Gold II. M. 425.-  
Silber II. M. 13.-  
Platin M. 1400.-  
Zähne M. 15.-  
freibleibend

### Metallkontor

W. John  
Alte Jakobstr. 138.

## Spezial-Arzt

Dr. Heisterkamp, Geschlechts-, Haut-,  
Harn-, Frauenleid.; Syphilis, Blutunter-  
suchungen. In der Heilanstalt „Lüser“  
Dir. O. Lüser, Münzstr. 9, Alex. P.  
10-11, 4-7, Sonntags 10-12. Deutscher Lager.

### Hellanstalt

für inn. u. äuß. Krankheiten, Nervosität,  
Mag.- u. Verdauungsschwäche, Mattigkeit,  
Angstgefühl, Kopf- u. Rückenschmerzen,  
Herz-, Nier-, Leber- u. Gallenleiden, Haut-,  
Harn-, Frauenleid., Syph., schnellschmerzli. Behandl.  
= Untersuchung und Beratung kostenlos. =  
G. Andres, Invalidenstr. 147, I. Etage,  
Sprechstunden 9-1 u. 3-4.

## Metzner

Kinderwagen-Weitthaus  
Metall-Setzungen, Kinder-  
u. Korbmöbel, Korbwaren,  
Reiseutensilien, Fäppchenwagen,  
Alle Kinder-Fahrzeuge usw.  
Größte Auswahl Berlins.  
Andreasstr. 23, Andreasplatz  
Brunnenstr. 90, Baumfeld, 67  
Leipziger Str. 8-4, Neustädte, Borsch, 133  
Spandau, Charlottenstr. 24a.

Von  
1-3 geschlossen

## Trotz Warenknappheit

unterhalte noch  
imposantes Lager  
preiswert  
**Teppiche**  
(Deutsche u. Perser)  
Gardinen  
Möbelstoffe  
Läufer u. Belag-  
stoffe, Stepp-, Di-  
wan- und Tisch-  
decken, Schlaf-  
und Reisedecken  
Eine große Anzahl  
Teppiche fehlern  
**Teppich-Spezialhaus**  
Emil  
Lefèvre  
Berlin-Süd, Sait 1062  
Oranienstr. 158  
Keine Filialen!

## Stoßaternen

mit Glöck von 2 Mark an.  
Sampsons Billig-Poster-  
mappen von 50 Pf. an. Ver-  
einbarbef., Feuerwerks-  
fortimente 10, 15 bis 100  
Stk. u. höher, Leuchtfeuer.  
A. Mass & Co., Berlin,  
Markgrafstr. 81, an der Lindenstraße,  
9-5 Uhr Telefon: Köpenick 2672.

## Spezial-Arzt

Herrn Dr. Heisterkamp, Geschlechts-, Haut-,  
Harn-, Frauenleid.; Syphilis, Blutunter-  
suchungen. In der Heilanstalt „Lüser“  
Dir. O. Lüser, Münzstr. 9, Alex. P.  
10-11, 4-7, Sonntags 10-12. Deutscher Lager.

## Spezial-Arzt

Herrn Dr. Heisterkamp, Geschlechts-, Haut-,  
Harn-, Frauenleid.; Syphilis, Blutunter-  
suchungen. In der Heilanstalt „Lüser“  
Dir. O. Lüser, Münzstr. 9, Alex. P.  
10-11, 4-7, Sonntags 10-12. Deutscher Lager.

## Alle Seifenhändler

suchen Ihren Bedarf  
in Toilettenseifen, in Kernseifen,  
Seifenpulver usw.  
im Seifenlager  
**Emerich A. Salgo,**  
N 84, Lehniger Straße 28, Hof  
Fernsprecher: Norden 1970.

## Färberei Nord-Weil

reinigt u. färbt in 3-5 Tagen  
Expres in 24 Stunden.  
Fabrik-Annahme Alt-Moabit 60  
Telefon: Gante 1078  
Annahmestellen:  
Schub. W. 176, Goltzowstr. 19  
Hildegardstr. 83, Hiltbrandstr. 74  
Wunnebergstr. 19, Rüterstr. 22  
Lichtenbergstr. 59

## Sie

Geben Sie in jedem 4 Geschäften  
Brunnenstraße 1, Frankfurt & Altona 380  
Kottb. Damm 108 | Charlitzg., Scheunestr. 1  
eine Rissen-Anzahlung

### modern Bekleidungsstoffe

Anzüge • Paletots • Schöpfer  
Kostüme • Kleider • Mäntel  
Röcke, Blusen  
Strickjacken, Jumper  
Teppiche, Gardinen, Stores  
Diwandecken, Steppdecken

Kleine Anzahlung  
Reste nach Überweisung

## B. Feder

## Platin-, Gold- u. Silberbruch

Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe  
sowie  
Aitmetalle kauft zu  
Engrospreisen  
**Rosenack, Berlin O.,**  
Schreinerstraße 32 (Laden)  
1 Min. v. BfH. Frankf. Allee. Fahr-  
geldverg. Gr Absatz, t. Händler.

## Wir zeigen die neuesten Modelle

Jackenkleider  
Mäntel  
Nachmittags- u.  
Abendkleider  
Blusen

## Mass Anfertigung

Beste Verarbeitung  
Vornehmste Ausführung  
Tadellosen Sitz!

# Maassen

Leipzigerstr. 42 (Ecke Markgrafstr.)  
Oranienstr. 165 (Am Oranienplatz)

## „Arbeiter-Sport“

Wochenschrift zur Förderung der Sportbewegung in  
Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartell-Ver-  
bandes Groß-Berlin und des 1. Kreises des Arbeiter-  
Turn- und Sport-Bundes.

Der „Arbeiter-Sport“ vertritt die Interessen des re-  
volutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur  
Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforgan  
sein. Der „Arbeiter-Sport“ wirkt in dem Bewusstsein,  
daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der pro-  
letarischen Kampfscharen sein muß. Der „Arbeiter-  
Sport“ wendet sich gegen alle bürgerlichen Sport-  
organisationen und gegen die, die durch Neutralitäts-  
bestrebungen des Sportes zur Verflachung des poli-  
tischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den  
Sport, dessen Wahlspruch lautet:  
„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat  
an Körper und Geist gestählte Kämpfer heranzubilden.“

Jeder klassenbewußte Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport“.  
Er ist das einzige Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.

Verlag des „Arbeiter-Sport“  
Berlin SO 10, Köpenicker Straße 108.

## Werbt für unser Blatt!

### Geschlechtskranke

Syphilis, Männerschwäche, Frauenleiden, u. r.  
n. eckige ver- teils Auslässe finden schnelle Hilfe  
ohne Herabsetzung durch  
**Phorosan**  
neues deutsches Reichspatent  
Tausende auch die schwersten Fälle, die ande-  
weitig jahrelang ohne Erfolg behandelt waren  
wurden durch Phorosan kuratistisch gabel t  
Tägliche viele Dankausagen und Dank-telegramme.  
Untersuchung und Aufklärung kostenlos. Teil-  
nahme Gewissenshafte & zliche Leitung Phor-  
rosan-Helmschtitten; Potsdamer Str. 109, nahe  
Steglitzer Str., Brunnenstr. 191, nahe Rosenhale  
Platz. - (Gesamt für Herren und Damen. -  
Sprechstunden 10-14, 4-7, Sonntags 10-12)

## Trünouga

Konkurrenz  
Nur an (Grossisten)  
Eckardt & Neuschäfer  
Fabrik u. Kontor: Berlin O 27  
Krautstr. 4-8, Tel. Alex. 5257

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen  
einen Abonnenten zu gewinnen!  
Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!  
Unterzeichneter bestellt hiermit vom  
1 Exemplar der einmal täglich erscheinenden Zeitung  
**„Freiheit“**  
Leitender Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands  
mit den  
Unterhaltungsbeil. „Freie Welt“ u. „Frauenwelt“ u. „Jugend-Genosse“  
zum Preise von monatlich 70.-, halbmönatlich 35.- Mk.  
bei freier Zustellung ins Haus.

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_  
(Romte deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen; vom, Post, Str., Quartier.)  
Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben  
oder an die Hauptexpedition, Berlin NW, Kronprinzen-Ufer 27 1,  
im Kuvert als Drucksache, einzulassen.

# Die Abmachungen mit Bayern

Wieder ist ein Akt aus der langen Reihe der Konflikte des Reiches mit der bayerischen Regierung abgeschlossen. Wird es der letzte sein? Wenn man dem Nachdruck der Feierlichkeit, mit der am Verfassungstage im Reichstag die Abmachungen mit Bayern begrüßt wurde, glauben könnte, so müßte man es annehmen. Die bayerische Regierung hebt nach der Ratifikation der Berliner Abmachungen ihre verfassungswidrige Verordnung auf. Man kann die Rettung der republikanischen Einheit feiern.

Der Inhalt der Abmachungen jedoch, nicht die Feierlichkeit ihres Abschlusses, steht heute zur Prüfung. Wenn der „Vorwärts“ dazu sagt: „Die Reichsregierung ist bis an die letzte Grenze aller Möglichkeiten Bayern entgegengekommen; man kann mit gewissem Recht sogar behaupten, daß stellenweise jene Linie überschritten wurde“, so müssen wir dem zustimmen und das „gewisse Recht“ auch für uns in Anspruch nehmen. Die Zugeständnisse der Reichsregierung gehen in der Tat so weit, daß sie uns bei allem Behalten an dem Wortlaut dem Geiste der republikanischen Schutzgesetzgebung nicht mehr zu entsprechen scheinen.

Was war der Sinn der Einrichtung eines republikanischen Staatsgerichtshofes? Alle Fälle, in denen die Sicherheit oder das Ansehen der Republik in Mitteleuropa gezogen wird, sollten dem allen willkürlichen Justizapparat, der seinen fast durchweg der Republik feindlichen Charakter nachgerade erwiesen hat, entzogen und einem zuverlässigen republikanischen Gerichtshof übertragen werden. Nach den neuen Abmachungen mit der bayerischen Regierung jedoch sollen nur Fälle von besonderer Bedeutung vor dem Staatsgerichtshof verhandelt werden. Die Überweisung der Sachen an die örtlichen Behörden wird daher die Regel sein. Alle Fälle von Beleidigungen der Republik, ihrer Symbole und ihrer Vertreter, alle Fälle der gefährlichen monarchistischen Des- und Wählerarbeit gegen die Republik können und sollen nun offenbar wieder denselben Richtern überwiesen werden, um deren Unzuverlässigkeit willen man gerade erst den Staatsgerichtshof geschaffen hat, deren reaktionäre antirepublikanische Praxis bis heute die katastrophalen Folgen für die Praxis und für das Ansehen der Republik gezeitigt hat.

In der Bestimmung, daß die Besetzung der verschiedenen Senate des Staatsgerichtshofes sowie die Verteilung der Geschäfte zwischen ihnen „unter dem Gesichtspunkt des örtlichen Ursprungs der Sachen aus den Ländern geregelt“ werden soll, sehen wir ein bedauerliches Zugeständnis an den Geist des kleinsten Partikularismus, hinter dem sich heute, wie seit jeher in Deutschland, die Reaktion verbirgt. Vor allem aber müssen wir mit allem Nachdruck die Erwartung ausdrücken, daß die Reichsregierung bei der Besetzung der Senate deren „Objektivität“ sie verpflichtet, keinerlei politische Konzeptionen an irgend eine Landesregierung machen wird. Würde etwa der vorwiegend aus Bayern und für die bayerischen Fälle zusammengesetzte Senat einen minder republikanisch zuverlässigen Charakter erhalten, so würde das in der Wirkung einer völligen Aufhebung, der schon viel zu stark abgestumpften Schutzgesetze den bayerischen Monarchisten gegenüber gleichkommen. Hier muß von der Reichsregierung verlangt werden, daß sie die ihr geliebte Handlungsfreiheit fehhält und anwendet.

Beim Reichsbeamtengesetz, das ein reibungsloses und schnelles Eingreifen der Reichsregierung zur Beseitigung von Beamten, die ihre Amtsbefugnisse gegen die Republik mißbrauchen, zum Ziele hat, öffnen die neuen Ausführungsbestimmungen einer Einmischung der Landesregierungen in jedes derartige Verfahren die Tür. Jedes Vorgehen der Reichsregierung, zumal gegen die Herde reaktionärer Verfechter in der bayerischen Bürokratie, aus denen ein Pöbner als Polizeipräsident hervorgehen konnte, birgt nunmehr die Gefahr neuer Konflikte mit Bayern, neuer Gefährdung der Republik und ihrer Einheit.

In den Bestimmungen zum Reichskriminalgesetz wird gar zum obersten Grundsatz der Durchführung des Gesetzes gemacht: „Die Exekutive den Ländern zu überlassen“; ungefähr also das gerade Gegenteil des dem Gesetze zugrunde liegenden Gedankens, zur Verfolgung von antirepublikanischen Verbrechen eine Reichsexekutive zu schaffen. Die eigenen Organe der Reichskriminalpolizei sollen nur ausnahmeweise und nur auf ausdrückliche Anweisung des Ministers des Innern in Funktion treten und auch dann, wenn nicht gerade „Gefahr im Verzug“ ist, nicht ohne Hinzuziehung eines Beamten der Landespolizei. Die Organe der Landespolizei aber stehen dem Reichskriminalpolizeiamt nicht direkt, sondern nur durch Vermittlung der Landespolizeiamter zur Verfügung. Die Exekutive des Reichskriminalpolizeiamtes, die für die Sicherheit der Republik auch dort sorgen sollte, wo die Landesregierung eine dieser Aufgabe entsprechende Landespolizei nicht geschaffen hat, wird so, wie schon der Staatsgerichtshof, lediglich zu einer Einrichtung für besonders krasse Ausnahmefälle gemacht.

Was nach dem Geist und der Absicht der republikanischen Schutzgesetzgebung die Regel sein sollte, wird so durch die Abmachungen mit Versehen zur Ausnahme, was aber in den Gesetzen als Ausnahmefälle vorgesehen war, wird in die Regel verkehrt.

Nach diesen Abmachungen ist zu befürchten, daß die Gesetze in ihrer Durchführung nicht zu dem großen Werk des Schutzes der Republik gemacht werden, dessen die Republik bedarf, und daß die Republikaner mit ihnen schaffen wollten; daß sie vielmehr einige Ausnahmeparagraphen bleiben, die erst in Kraft treten, wenn das Haus schon brennt, wenn es wiederum zu spät ist.

Wir sind nicht der Meinung der kommunistischen Narzen, die der Reichsregierung heute — nach dem Fest — vorwerfen, daß sie nicht mit „ein paar Bataillonen Arbeiterwehr“ angefangen habe, gegen Bayern Krieg zu führen; wir meinen aber, die Reichsregierung habe auf Kosten der Republik und des deutschen Volkes hier züviel der Güte gezeigt und züviel des Schlechten, züviel des Schädlichen dafür eingetauscht. Was der bayerischen Regierung zugestanden worden ist, sind Verhände gegen den Geist und die Absicht der republikanischen Schutzgesetzgebung, Verhände gegen das Lebensinteresse der Republik. Mehr Festigkeit hätte mehr

für die Einheit des Reiches geleistet, als dieses Uebermaß von fälscher Verjüchlichkeit.

Die Vertreter der Reichsregierung, die am Tage der Verfassungsfeier die Rettung der republikanischen Einheit durch ihren Abschluß mit Versehenfeld begingen, hatten Gelegenheit, von der Rampe des Staatstheaters aus zu beobachten, in welchem Geiste die republikanischen Massen des deutschen Volkes den Tag der Republik gefeiert haben. Das war nicht der Geist jaghafter Zugeständnisse an die Mächte der Vergangenheit, sondern das stolze Bewußtsein, die Republik selbst geschaffen zu haben und der entschlossene Wille, sie zu schützen und ihre Waffen scharf zu erhalten. Nach der Abstumpfung der Schutzgesetzgebung muß mit verstärktem Nachdruck verlangt werden, daß dieser energische Geist die Handhabung des gesetzlichen Schutzes der Republik bestimme.

## Das Protokoll der Verhandlungen

Berlin, 12. August. Die zwischen der Reichsregierung und der Bayerischen Staatsregierung am 9. und 10. August 1922 erfolgten Besprechungen hatten folgendes Ergebnis:

1. Die Bayerische Staatsregierung erklärt sich bereit, die unter dem 24. Juli 1922 erlassene Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik spätestens am 18. August 1922 mit Wirkung vom gleichen Tage ab aufzuheben.
2. Die Reichsregierung erklärt:

### A. Zum Schutzgesetz.

Für die Abgabe von Untersuchungen an die örtlichen Staatsanwaltschaften und für die Stellung von Anträgen auf Verweisung zum ordentlichen Verfahren (§ 13 Abs. 3 des Gesetzes zum Schutze der Republik) wird der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß zur Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof nur solche Sachen geeignet sind, deren Bedeutung so erheblich ist, daß ihre Entscheidung durch einen höchsten Gerichtshof des Reiches angemessen erscheint. Die Überweisung der Sachen an die örtlichen Behörden wird deshalb die Regel bilden. Insbesondere werden Sachen, deren Interesse sich auf ein einzelnes Land oder auf engere örtliche Kreise beschränkt, den Landesbehörden überwiesen werden.

### I.

Bei der Inanspruchnahme polizeilicher Tätigkeit in einem Lande wird sich der Oberreichsanwalt der polizeilichen Behörden dieses Landes bedienen. Soweit aus besonderen Gründen eine Mitwirkung auswärtiger Polizeibeamter in einem Lande nötig wird, werden diese nur im Einvernehmen und zur Unterstützung der örtlichen Stellen tätig werden. Wegen der Tätigkeit des Reichskriminalpolizeiamtes vergleiche unter C.

Dabei wird erwartet, daß die von dem Oberreichsanwalt im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeit und dieser Richtlinien getroffenen Anordnungen an die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden der Länder, von den Landesdienststellen nicht durchkreuzt, insbesondere nicht von der Einholung von Besetzungen vorgeziehener Landesbehörden abhängig gemacht werden.

### II.

Bei der Auswahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes wird jede Einseitigkeit vermieden werden. Die Auswahl wird in erster Linie unter dem Gesichtspunkte der persönlichen Eignung zur richterlichen Tätigkeit erfolgen. Sie wird sich auf Personen erstrecken, die in der Öffentlichkeit das für ein Mitglied eines höchsten Gerichtshofes nötige Ansehen haben. Die besonderen Interessen der Länder werden bei der Auswahl berücksichtigt werden. Es werden mehrere Senate gebildet und die Verteilung der Geschäfte unter dem Gesichtspunkte des örtlichen Ursprungs der Sachen aus den Ländern geregelt.

### B. Zum Beamtengesetz.

1. Die etwaige Verlegung oder Aufhebung der Reichsdziplinarverfahren soll nicht ohne Zustimmung derjenigen Regierung erfolgen, in deren Bereich die Kammer errichtet ist.

2. Die Reichsregierung wird zu den aus dem Beamtenstand zu nehmenden Mitgliedern der Reichsdziplinkammern nur solche Reichsbeamte ernennen, die im Bereiche dieser Kammer ihren dienstlichen Wohnsitz haben.

3. Vor Ernennung der aus dem Beamtenstand zu nehmenden Mitglieder sowie der in richterlicher Stellung befindlichen Mitglieder der Reichsdziplinkammern ist der Regierung Gelegenheit zur Äußerung zu geben, in deren Bereich die Kammer errichtet ist.

4. Zu Mitgliedern des Reichsdziplinarhofes sollen Reichsbeamte aus allen Ländern herangezogen werden, entsprechend der zahlenmäßigen Verteilung der Reichsbeamten auf die einzelnen Länder.

5. Von der Befugnis des Artikels IV des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik wird die Reichsregierung gegenüber solchen Reichsbeamten, deren Tätigkeit auf ein einzelnes Land beschränkt ist und die Angehörige dieses Landes sind, nur Gebrauch machen, nachdem sie der Regierung dieses Landes Gelegenheit zur Äußerung gegeben hat.

### C. Zum Reichskriminalpolizeigesetz.

Zu § 2. Die Landesregierungen sollen freie Hand haben, wie sie die Landespolizeibehörden ausgestalten. Insbesondere die Zahl der Polizeistellen, die räumliche Abgrenzung ihres Geschäftsbereiches und ihre etwaige räumliche Angliederung an andere Landesbehörden soll der Entscheidung der Landesregierungen überlassen bleiben. § 2 will lediglich bindend vorschreiben, daß Landespolizeiamter und Stellen überhaupt einzurichten sind.

Zu § 3. Zu Absatz 1: Die Landesregierungen können ihren Landespolizeibehörden noch weitere Aufgaben übertragen. Die Bestimmungen gemäß Absatz 2 werden keinesfalls so gedeutet, daß sie eine indirekte Erweiterung der Befugnisse des Reichskriminalpolizeiamtes bedeuten.

Zu Absatz 4: Die Aufträge, die vom Reichskriminalpolizeiamt und von auswärtigen Landespolizeibehörden den Landespolizeibehörden erteilt werden, sind über die den Landespolizeibehörden vorgehenden Landespolizeibehörden zu leisten. Nur bei Gefahr im Verzug können die Aufträge unmittelbar an die Landespolizei-

polizeistellen erteilt werden, die sofort ihrem Landespolizeiamt zu berichten haben. Die Landesregierungen können miteinander und mit der Reichsregierung vereinbaren, daß die Aufträge der auswärtigen Landespolizeibehörden und des Reichskriminalpolizeiamtes den Landespolizeistellen unmittelbar erteilt werden dürfen.

Zu § 6. Die Nichterfüllung ist nicht zwingend. Sie werden im Benehmen mit den Landespolizeibehörden und soweit diese noch nicht bestehen, den Landeszentralbehörden aufgestellt werden.

Zu § 7. Die in Absatz 1 vorgeschriebene „Unterrichtung“ darf nicht zu selbständiger Ermittlungstätigkeit des Reichskriminalpolizeiamtes führen. Durch Absatz 1 soll vielmehr dem Reichskriminalpolizeiamt lediglich die Pflicht auferlegt werden, die Ergebnisse der Nachrichten- und Erkennungsdienstlichen Landespolizeibehörden und Stellen zur Kenntnis zu bringen.

Zu Absatz 3 Satz 1: Oberster Grundsatz bei der Durchführung des Gesetzes soll sein, die Exekutive den Ländern zu überlassen. Nur dann, wenn es im dringenden Interesse des ganzen Reiches liegt, daß ein Einzelfall — ein nach den Strafgesetzen strafbarer Tatbestand — einheitlich im ganzen Reichsgebiet polizeilich bearbeitet wird, weil nur so eine möglichst rasche und wirksame Verfolgung gesichert erscheint, soll eine Ausnahme gemacht werden dürfen, falls tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß eine Ermittlungstätigkeit in einem bestimmten Lande notwendig ist. Damit solche Ausnahmen auf das unerlässliche Mindestmaß beschränkt bleiben, soll das Reichskriminalpolizeiamt die Befugnisse gemäß § 7 Absatz 3 nur auf ausdrückliche Anweisung des Reichsministers des Innern in jedem einzelnen Falle ausüben dürfen.

Zu Absatz 3 Satz 2: Außer bei Gefahr im Verzug ist ein Beamter der zuständigen Landespolizeistelle oder, falls das nicht möglich ist, ein Beamter der örtlichen Polizei zu den Ermittlungen zuzuziehen.

Die Bestimmungen des Absatz 4 sollen nur gelten, soweit nicht Staatsverträge der Länder entgegenstehen. Mit allen Landesregierungen, deren Gebiet aus Ausland grenzt, sollen besondere Vereinbarungen über die grundsätzliche Regelung des Grenzverkehrs getroffen werden.

Zu § 8. Die den Vollzugsbeamten des Reichskriminalpolizeiamtes und der Landespolizeibehörden durch § 8 eingeräumte Rechte und Befugnisse finden ihre Grenze in den übrigen Bestimmungen des Reichskriminalpolizeigesetzes.

Zu § 10. Die näheren Bestimmungen gemäß § 10 Satz 2, die nach Anhörung der Landesregierungen zu treffen sind, haben sich lediglich auf technische Einzelheiten des Nachrichtendienstes zu beschränken. Die Ausübung von Ermittlungstätigkeit darf durch diese Bestimmungen dem Reichskriminalpolizeiamt nicht einräumt werden.

Zu § 11. Aus der Aufschlüsselung des Reiches, zu den Kosten der Landespolizeibehörden sind keine weiteren, über die Bestimmungen des Gesetzes hinausgehende Befugnisse des Reiches heranzuleiten. Die Kostenverteilung hat in rein rechnungsmäßigem Verfahren zu erfolgen, ohne daß an die Aufschlüsselung irgendwelche Auflagen geknüpft werden.

Zu § 12. Die Landesregierungen sind zu hören.

### 3. Die Reichsregierung erklärt ferner:

Durch die politische Entwicklung der letzten Jahre besonders durch den Erlaß der Gesetze zum Schutze der Republik, ist in einzelnen Ländern die Reformstimmung entzündet, daß die Politik der Reichsregierung planmäßig darauf gerichtet sei, die Zuständigkeiten der Länder fortschreitend einzuschränken, sie letzten Endes ihres staatlichen Charakters zu entkleiden und das Reich immer mehr zum Einheitsstaat zu gestalten.

Diese Auffassung entbehrt der Begründung. Die Lebensnotwendigkeiten unseres durch äußeren Druck zu innerer Einheitlichkeit genötigten Reiches haben eine Erweiterung der Zuständigkeiten des Reiches notwendig gemacht. Diese Entwicklung hat aber nach menschlichem Ermessen ihren Endpunkt erreicht. Die Einschränkung der Polizeiherrschaft und der Autonomie durch das Schutzgesetz ist zeitlich begrenzt.

Der bundesstaatliche Charakter des Reiches und die Staatspersönlichkeit der Länder sind in der Reichsverfassung anerkannt. Die Reichsregierung ist nicht willens, über die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reiches hinaus Hoheitsrechte der Länder an sich zu ziehen. Sie ist der Ueberzeugung, daß die einzelstaatliche Gliederung der Länder der reichen Mannigfaltigkeit deutschen Volkes und deutscher Kultur entspricht und daß die Pflege des Stammesbewußtseins in lebendigen engeren Gemeinwesen die beste Gewähr reichsfreundlicher Einordnung in das Ganze der Nation ist.

Berlin, den 11. August 1922.

Für die Reichsregierung     Für die Bayer. Regierung  
gen. Dir.                             gen. Dir. Hugo Graf Verchenfeld.

## Bayern noch nicht zufrieden?

(Münch.) München, 12. August. Dem Ministerrat und den Führern der Koalitionsparteien wurde heute vom Ministerpräsidenten und den an den Berliner Verhandlungen beteiligten Ministern über die mit der Reichsregierung geführten Verhandlungen Bericht erstattet. Eine endgültige Zielsetzung ist noch nicht erfolgt, da die Führer der Koalitionsparteien erst noch mit den Fraktionen Abklärung nehmen.

## Es wird erneut darauf hingewiesen

Da wiederum Fälle vorgekommen sind, in denen Schriftstücke von Gerichtsbehörden die Bezeichnung „Adressat“ enthielten, hat dem amtlichen preussischen Pressedienst zufolge der Preussische Justizminister die Justizbehörden erneut darauf hingewiesen, daß alle Sorsafälle aufzuheben werden müsse, dies in Zukunft zu vermeiden. Es ist insbesondere angeordnet worden, daß bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften, Strafanklagen, Notaren und Gerichtsvollziehern die Rechtshände der alten Vorurteile erneut darauf nachgeprüft werden, ob die in ihnen enthaltenen Hinweise auf die frühere Staatsform getilgt sind und daß nötigenfalls diese Tilgung sofort nachgeholt wird. Ueber jeden bekanntwerdenden Fall, in dem trotz dieser Anordnungen ein behördliches Schriftstück einen Hinweis auf die frühere Staatsform enthält, hat der Minister Bericht zu erstatten.

Wieder ein „erneuter Hinweis“. Wieder eine neuer Maßnahmen, auf die schon so oft gezwungen wurde. Wenn der Justizminister die Saboteure in den Gerichtshöfen nicht energisch zur Verantwortung ziehen will, leben die Verhältnisse ihr Pseidonart nicht fort. Wann wird man daher den Justizminister für solche lazes Beamtinnen zur Verantwortung ziehen?

# Die bolschewistische Eroberung Georgiens

Von Julius Braunthal.

Als die russischen Truppen im Februar 1921 in Georgien einfielen, da behaupteten sowohl amlicke Deputierten der Moskauer Regierung als auch ihr bevollmächtigter Vertreter in Wien, daß es sich nur um lokale Aufstände der georgianischen Bevölkerung gehandelt habe und Europa, das da von einer russischen Eroberung des Kaukasus sprach, gleichsam einem Mißverständnis zum Opfer gefallen wäre. Die Bolschewiken versetzten den Kaukasus hermetisch in der Erwartung ab, daß es ihnen schon gelingen werde, die Europäer über die fatale Tatsache hinwegzutäuschen, daß eine zweihunderttausend Mann starke Armee das kleine Georgien unterworfen hätte. Die Sowjetregierung war daher in nicht geringer Verlegenheit, als der internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam mich beauftragte, mit einer Meditationsreise nach Georgien zu reisen. Sie scheuten darum auch keine Mühe, mir die Einreise unmöglich zu machen oder aber sie zu erschweren. Indes, der moralische Druck zwang sie, mit den Amsterdamer Meditationsreisenden auch einen „Amsterdamer“ hinauszunehmen.

Ich bereiste das Land und sah ein Gewimmel von russischen Truppen. Ich sprach mit zahllosen Arbeitern aller Parteien und sie erzählten mir von dem Eindringen der russischen Truppen und von den nachfolgenden blutigen Kämpfen. Ich sah die Schützengrabenlinien auf der Höhe der Hügelkette bei Tiflis, dann zwischen Tiflis und Katakis und zwischen Katakis und Batum. Ich sah das Massengrab der fünfzehnhundert georgianischen blutigen Kadetten, die im Kampfe um die Unabhängigkeit ihres Landes gefallen waren. Noch lehrreicher war die Lesart älterer russischer Soldatenzeitungen. Da schilderte zum Beispiel der kommunistische Organisator Gw. Borissowsky in der vom politischen Büro der ersten russischen Armee herausgegebenen Soldatenzeitung „Krasnyi Bojn“ (vom 16. April 1921) den entscheidenden „lokalen Aufstand der Bevölkerung“, der die russische Invasion eingeleitet hatte: Die ein Häuschen russischer, von der Moskauer Regierung dahinsiegender Agenten gemeinsam mit den an der Grenze „wartenden“ russischen Truppen einen „Aufstand“ organisieren wollten, wie sie aber sogleich von den georgianischen Truppen in die Berge zurückgedrängt wurden, wie aber darauf sofort die russischen Truppen „einen großen Angriff gegen Georgien“ unternahmen und wie hierauf „die siegreichen Armeen die Sowjet Herrschaft gründeten“. Diese Schilderung sowie die Schilderung anderer Aufstandsbemühungen der russischen Regierung sind in meiner Broschüre<sup>1)</sup> im Wortlaut veröffentlicht. Sie erweisen mit jedem Zweifel ausschließender Klarheit, daß die sogenannten „lokalen Aufstände“ der georgianischen Bevölkerung von der russischen Regierung durch ihre Agenten angezettelt, mit ihren Waffen und Geld unterstützt, dennoch ohne Wirkung blieben — eine kleine georgianische Truppenmacht genügt, um sie zu erledigen —, und wie hingegen die georgianische Wehrmacht mit zehnfacher Ueberlegenheit von den russischen Sowjettruppen angegriffen und niedergeworfen, somit das Land erobert wurde. Im Februar 1921 hatte also die russische Sowjetregierung in ihrer Darstellung über Georgien gelogen.

Dieser Kluge überführt sie auch der Höchstkommandierende der russischen Armee, Kriegsminister Trotski, in seinem jüngsten Buch.<sup>2)</sup> Er erklärt mit zynischer Offenheit, daß der Sowjetumsturz in Georgien zweifellos unter der aktiven Beteiligung der roten Armee vollzogen wurde. Wir haben keinerlei Grund, die Bedeutung der Sowjetarmee für den Sieg der Sowjets im Kaukasus zu verharmlichen oder zu vermindern. Was aber gab der russischen Regierung das Recht der Eroberung Georgiens, was gab einer sozialistischen Regierung das Recht der Unterwerfung eines sozialistischen Staates? Dieses Recht zu erweisen, unternimmt Trotski in seinem Buch.

Sundacht schildert Trotski, wie „schändlich“ sich das bolschewistische Georgien an Sowjetrußland vergangen hätte. Es hätte die Kommunisten, nämlich die russischen Emigranten, unterdrückt, die Aufstände gegen die georgianische Regierung blutig niedergeschlagen und schließlich Denikin und vor allem Wrangel in ihrem Kampfe gegen Rußland unterstützt. Für alle diese Angaben gibt er „Beweise“, nämlich Bruchstücke von diplomatischen Akten, die im Tifliser Archiv der Menschewistischen Regierung gefunden wurden. Diese Angaben Trotskis lassen sich freilich von einem Fernstehenden nicht überprüfen, sie besitzen jedenfalls nicht mehr Wahrheitsgehalt, als die unterschiedlichen diplomatischen Farbbücher, mit denen die kriegsführenden Regierungen zu allen Zeiten zu beweisen gesucht haben, daß sie von keinerlei Eroberungsabsichten beschwert und an den Ausbruch des Krieges unschuldig seien, hingegen die ganze Schuld bei dem Feinde zu suchen ist, der auf nackte Eroberung ausgehe. Bekanntlich hat die spätere Ueberprüfung der Farbbücher immer ein wesentlich anderes Bild von den Kriegsverläufen und Kriegsabsichten der Regierungen gegeben. Sowjetrußland ist im Falle Georgiens eine Kriegspartei, und es ist nicht einzusehen, weshalb vorweg den Anklagen der russischen Kommunisten gegen die georgianischen Sozialdemokraten mehr Glaubwürdigkeit als den Anklagen der georgianischen Sozialdemokraten gegen den russischen Kommunisten beizumessen wäre. Die Prüfung der Vorgeschichte des russisch-georgianischen Krieges muß wohl einer dritten, unbeteiligten Seite überlassen bleiben. Die georgianischen Sozialdemokraten haben die Exekutiven der drei sozialistischen Internationalen zu dieser Ueberprüfung eingeladen, die russischen Kommunisten haben den Vorschlag abgelehnt.

Indes, so wünschenswert volle Klarheit über jene umstrittene Periode Georgiens wäre, so belanglos ist sie für das eigentliche Problem. Denn alle Ergebnisse, die sich nach Trotski zugetragen und die er zum Beweise erzählt, daß der Krieg des riesigen Sowjetrußland gegen den Zwerg Georgiens eigentlich ein Verteidigungskrieg gewesen sei, haben sich vor der Vollziehung eines Aktes zugetragen, der eine Wende in den russisch-georgianischen Beziehungen bedeutete: der Unterzeichnung des russisch-georgianischen Neutralitätsvertrages vom 7. Mai 1920.

In diesem Vertrag, erkennt Rußland sich als unabhängig und die Souveränität des georgianischen Staates an und verpflichtet sie, sich jeder Einmischung in die Angelegenheit Georgiens zu enthalten und auf seinem Territorium den Aufenthalt und Tätigkeit von Gruppen und Organisationen, die auf die Regierung Georgiens Anspruch erheben oder den Sturz der Regierung zum Zwecke haben, nicht zu gestatten. Dieselben Verpflichtungen übernimmt selbstverständlich umgekehrt die georgianische Regierung gegenüber Rußland. Hat die georgianische Regierung diesen Vertrag verlegt, und zwar so schwer verlegt, daß ein Krieg unabweisbar erschien? Ist der Eröffnung der Feindseligkeiten durch die russische Regierung ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Georgien vorausgegangen? Hatte die russische Regierung der georgianischen Regierung den Krieg erklärt? Von alledem findet sich im Buche Trotskis kaum eine Andeutung. Ja selbst die Existenz eines russisch-georgianischen Friedensvertrages wird nur flüchtig als eine höchst gleichgültige Sache erwähnt. Trotski hält es auch für völlig überflüssig, das formelle, im Verkehr der Völker übliche Recht zur Kriegsführung aus Vertragsverletzungen Georgiens zu rechtfertigen, sondern beschränkt sich lediglich auf die Rechtfertigung eines „revolutionären“ Rechtes, das die bolschewistische Sowjetrepublik geradezu verpflichtet hätte, die sozialdemokratische Republik Georgiens zu unterwerfen.

Den „revolutionären“ Akt, nämlich den Einmarsch der russischen Truppen in Georgien, hat, so behauptet Trotski, das revolutionäre „Bedürfnis“ der „revolutionären Avantgarde“ der Bevölkerung Georgiens ausgelöst. Im Herbst 1920, so erzählt er, verstärkte die russische Regierung ihre Truppenmacht im Kaukasus. Wozu? „Die Konzentration der Truppen hat rein defensiven Charakter.“ Nämlich: „die Gegenwart der roten Regimenter an der Grenze bedeutete, daß kein Anlaß zur Befürchtung einer ausländischen Intervention im Falle eines Sowjet-Umsturzes vorliege.“ Sie bedeutete indes, wie Trotski gesteht, noch ein anderes: „Bei der Annäherung der Sowjettruppen an die Grenzen Aserbaidschans und Georgiens wurden die werktätigen Massen dieser Republiken, die nicht aushielten, sich mit dem werktätigen Rußland eins zu fühlen, von stürmischer revolutionärer Erregung erfaßt.“ Die „stürmische revolutionäre Erregung“ hatte sonderbarer Weise gerade in dem Augenblick ihren Höhepunkt erreicht, also den „Fall des Sowjetumsturzes“ eintreten lassen, als die Sowjettruppen in der Stärke von zweihunderttausend Mann die „Annäherung“ an den Grenzen vollendet hatten. Unterdessen begannen die ganz verborgen liegenden bolschewistischen Gesinnungen entschieden zum Durchbruch zu kommen. Die kommunistische Partei wäch schnell als Organisation.“ Und damit „das Bedürfnis nach einer bewaffneten Unterstützung von außen“ vorbereitet war, konnte sie eintreten. „Es wäre Verat gewesen, den Arbeitern und Bauern Georgiens nicht mit bewaffneter Macht zu helfen.“ So stellt also Trotski den Verlauf der Dinge, „die Lösung des Knotens“ dar. Die russische Regierung hätte darnach Georgien nicht geradezu erobert, sondern, da sie nebenbei auch eine „revolutionäre“ Regierung ist und sich prinzipiell nur gegen imperialistische Interventionen, aber nicht gegen „revolutionäre“ Interventionen vermahrt, nur den revolutionären Massen Georgiens, die den Sowjetumsturz vollziehen wollten, aber nicht vollziehen konnten, ein wenig nachgeholfen.

Es ist daher nicht ohne Interesse zu lesen, wie ein georgianischer Bolschewik, zweifellos das hervorragendste Mittel der kommunistischen Partei Georgiens, der die Stelle des Vorsitzenden des ersten revolutionären Komitees, also gewissermaßen die des ersten Präsidenten der Sowjetrepublik bekleidete, über die „revolutionäre Situation“ und das „schnelle Wachstum der kommunistischen Partei“ in der Zeit des Einbruchs der russischen Truppen urteilt. Dieser georgianische Bolschewik ist Philipp Macharadze, sein Urteil ist in einem Bericht an das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Rußlands dargelegt, den ich im vollen Wortlaut im Augustheft des Wiener „Kampf“ veröffentlicht habe. Macharadze schildert die Situation im Februar 1921 so:

„Vor allem muß ich die hoffnungslose Lage hervorheben, in der sich unsere Parteiorganisation in Georgien am Anfang des Jahres 1921, das heißt bei der Einführung der Sowjetordnung befand. Im Verlaufe von sechs bis sieben Monaten blieben infolge der Legalisierung von unserer Partei nur Trümmer übrig. Auf diese Weise wurde die kommunistische Partei Georgiens völlig enturzelt. Als die Rote Armee zum Angriff schritt, wukie oder abante keiner der kommunistischen Kerne, ja kein Parteimitglied in Georgien, die Ziele und die Motive dieses Angriffs. Das Einrücken der Roten Armee in Georgien und die Verkündung der Sowjet Herrschaft hat den Charakter einer offensichtlichen von außen gerichteten Eroberungsaktion erhalten, da in diesem Augenblick niemand im Inland an die Vorbereitung eines Aufstandes dachte. Bei der Verkündung der Sowjet Herrschaft in Georgien hat sich keine Partei und kein Parteimitglied — um nicht mehr zu sagen — gefunden, das die Sowjetordnung organisieren konnte und nur verdächtige und einfach verbrecherische Elemente haben sich meistens damit beschäftigt.“

So also sah der „Sowjetumsturz“ in Wirklichkeit aus! Und in hüllenloser Nacktheit offenbart sich der russische Bolschewismus als eine imperialistische Macht, die mit denselben Methoden wie die kapitalistischen Imperien raubt und erobert und ihre Raubgelüste nicht einmal vor der Souveränität eines sozialistischen Gemeinwesens zu bändigen für notwendig erachtet. Die Unterwerfung des sozialdemokratischen Georgiens durch das bolschewistische Rußland wird die Geschichte des Sozialismus erbarmungslos als unfähbares Verbrechen richten. Und Trotski wird als das erscheinende, was er in Wahrheit ist: Als ein verächtlicher Sykandant des bolschewistischen Imperialismus.

## Wilhelm II. darf nicht gespielt werden

Der Schriftsteller Emil Ludwig hat bekanntlich ein Dismard-Drama „Die Entlassung“ verfaßt, das den Konflikt des ersten Reichskanzlers mit dem ehemaligen Kaiser behandelt. In diesem Drama treten Dismard und Wilhelm als handelnde Personen auf. Durch irgendeine Indiskretion hat Wilhelm in Amerongen von dem einzigen Bühnen angebotenen Werk Wind bekommen und, da er sich durch die Darstellung des Konfliktes beleidigt fühlt, Prozeß gegen den Verfasser eingeleitet. Die 4. Kammer des Reichsgerichts hat nunmehr eine vorläufige Entscheidung — natürlich zugunsten des ehemaligen

Kaisers gefällt. Nach dieser einseitigen Verfügung ist die Aufführung des Stückes „Die Entlassung“ zu untersagen. Ebenso ist die Veröffentlichung einzelner Stellen des Werkes in Zeitungen oder Zeitschriften insoweit zu untersagen, als in diesen Stellen die Person des Klägers handelnd auftritt.

Die „geheiligte“ Person des Ex-Monarchen darf also, da das Gericht im Gegenlag zu einer Entscheidung des Reichsgerichts ein Persönlichkeitsrecht in weitem Umfange anerkannt hat, „seinem“ Volke nicht so gezeigt werden, wie sie wirklich ist. Das wäre an sich bedauerlich, hätte die große Mehrheit der Bevölkerung sich nicht längst ein Urteil über diesen Mann gebildet. Dieser Charlatan, der in Holland den „großen Korfen in der Verbannung“ nimm, ist auch nicht dadurch zu retten, daß republikanische Richter ihre schützenden Hände über ihn breiten.

## Alberner Pressefestsch

Die bürgerliche Presse meldet: „Eine Arbeitsgemeinschaft von Crispian bis Stresemann.“ Auf dem Provinziallandtag der neu gebildeten Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, der zu Beginn dieser Woche zu seiner ersten Tagung in Schneidemühl zusammentrat, hat sich eine Wahlgemeinschaft gebildet, welche die Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen umfaßt. Mit Hilfe dieser Wahlgemeinschaft, die über 18 Stimmen gegen 11 deutschnationale verfügt, wurde zum Präsidenten ein Sozialdemokrat gewählt; ebenso stellt die Wahlgemeinschaft im Provinzialparlament den Vorsitzenden und Stellvertreter und drei weitere Vertreter.

Selbstverständlich lassen sich unsere kommunistischen „Freunde“ diesen „setten“ Dilemma nicht entgehen. Wahr ist an der ganzen Geschichte lediglich, daß die U.S.P. für den sozialistischen Kandidaten gestimmt hat. Sollte sie etwa dem deutschnationalen die Stimme geben oder in dieser Körperschaft, wo die deutschnationalen über eine so starke Position verfügen, sich der Stimme enthalten? Das kann doch nur ein politisches Kind oder ein kommunistischer Führer verlangen. Daß unsere Stimmabgabe für einen Sozialisten keine Koalition oder gar Arbeitsgemeinschaft bedeutet, bedarf doch wohl keines weiteren Beweises.

## Die U.S.P.D. des Mittelrheins zur Einigungs- und Rheinlandsfrage

Am Sonntag, den 6. August tagte in Köln eine, aus allen größeren Orten des Mittelrheins besuchte Bezirkskonferenz der U.S.P.D. Nach einem eingehenden Vortrag des Genossen Lepi referierte über „Die politische Lage und die Einigung des Proletariats“, dem eine ausgedehnte Aussprache folgte, wurde mit 26 gegen 1 Stimme bei einigen Enthaltungen folgender Beschluß gefaßt:

„Im Kampfe des Proletariats zur Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische sind die proletarischen Parteien nur Mittel nie Selbstzweck. Die U.S.P. hat immer behauptet, Bannerträgerin in diesen Kämpfen sein zu wollen, aber betont, daß, soll der Befreiungskampf aus kapitalistischem Joch mit Erfolg geführt werden können, die gesamte Kraft des Proletariats in die Waagschale geworfen werden muß. Demgemäß ist das Streben nach Geschlossenheit des Proletariats ihre vornehmste Aufgabe. Die von den Reichstagsfraktionen der S.P.D. und U.S.P.D., infolge der sich in letzter Zeit zuspitzenden Klassenkämpfe beschlossene Arbeitsgemeinschaft, ist als eine Vorläuferin zur Herbeiführung der notwendigen Einigkeit des Proletariats zu werten. Aus ihr muß eine neue, geschlossene sozialistische Partei hervorspringen. Unmöglich wäre jedoch eine Einigung von Partei zu Partei — soll sie dem Proletariat nützen — solange nicht neben der politischen Notwendigkeit auch die beiderseitige Einsicht vorhanden ist, daß nur mit den Methoden des Klassenkampfes das Proletariat zum Siege geführt werden kann. Soll das Proletariat vor Irrungen bewahrt bleiben, so muß ein Programm, auf dem sich eine Einigung der S.P.D. und U.S.P.D. vollzieht, vom revolutionärem Geiste getragen sein. Es muß deutlich erkennen lassen, daß es ein Irrtum ist zu glauben, das Kapital werde sich auf dem Wege ruhiger Entwicklung eine Position nach der anderen entreißen lassen, daß die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung nur im Klassenkampf erlangt werden und die Sammlung der Kräfte nur in diesem erfolgen kann. Nur unter dieser Voraussetzung ist es zulässig, den Bestand der U.S.P., deren Aufgabe es ist den Sozialismus zu retten, aufzugeben.“

In der Rheinlandsfrage legte die U.S.P.D. Mittelrhein ihre Stellung durch die einstimmige Annahme folgender Entschliessung fest: „Die U.S.P.D. des Bezirks Mittelrhein hält fest an ihren Entschliessungen, in denen sie sich gegen jede Bestrebung wendet, die auf eine Zerreißung des deutschen Reiches insbesondere auf die Lösung der Rheinlande hinausgeht. Sie wiederholt, daß eine Selbständigmachung der Rheinlande, gleich in welcher Form, nie im Interesse der arbeitenden Schichten, vielmehr noch im Interesse des sozialistischen Proletariats liegen kann. Mit ihren Arbeitsbrüdern des unbesetzten Teiles Deutschlands mit Sprache, Sitte und Organisation aufs engste verbunden, ist es nur möglich, mit ihnen gemeinsam erfolgreich den Befreiungskampf führen zu können, auch dann, wenn wider Erwarten vorübergehend in Deutschland die Reaktion sich in den Besitz der politischen Macht sehen sollte. Dann erst recht ist ihr die Solidarität mit dem deutschen Proletariat beiliegende Pflicht.“

## Aus der Partei

Den Bezirksleitungen sind für die Ortsvertrauensleute die übliche Anzahl einer Denkschrift über die Verhandlungen der Epikenorganisationen zugegangen. Wir bitten, dieselben den Funktionären baldmöglichst zuzustellen. Die Zentralkommission der U.S.P.D.

## Zum Parteitag

In Ergänzung des Beschlusses der Zentralkommission über die Zusammensetzung des zum 1. Oktober 1922 einberufenen Parteitages machen wir darauf aufmerksam, daß bei der Wahl der Delegierten § 14, Absatz 5 des Organisationsstatutes zu beachten ist:

§ 14 Absatz 5 lautet: „Sind auf dem Parteitag grundsätzliche oder wichtige taktische Fragen zu entscheiden und bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter den Mitglieder, so sind die Fragen so zu fassen, daß sie die Mitglieder mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten können. Wird mit der Abstimmung eine Delegiertenwahl verbunden, so sind für die Befürworter und Ablehner der zur Entscheidung stehenden Fragen gesondert gebundene Vorschlagslisten aufzustellen. Nach der von jeder Gruppe erlangten Stimmenzahl sind die Delegiertenmandate verhältnismäßig zu verteilen.“ Die Zentralkommission der U.S.P.D.

<sup>1)</sup> Vom Kommunismus zum Imperialismus. Bilder aus dem kommunistischen Georgien. Verlag: Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1922.  
<sup>2)</sup> Zwischen Imperialismus und Kommunismus, Hamburg 1922.

# Groß-Berlin

## Die Chrysanthemen des Proletariats

Allenhalben stehen sie trotz des verregneten Sommers in schönster Blüte, die Sonnenblumen mit ihren mächtigen gelben Köpfen. Sinnend sieht der Naturfreund vor dem dauenstarken Stengel mit den riesigen Blättern und denkt nach über die Macht, die in wenigen Monaten aus winzigem Samen so Herrliches werden ließ. Der Kunstgarten will von der Sonnenblume, vielleicht nur wegen ihrer Größe, nichts wissen. In seiner Laubkolonie darf sie fehlen. Hier ist die Sonnenblume gerade wegen ihrer Höhe ein lebendiges Grenzzeichen von Nachbar zu Nachbar und mit ihren weit hin leuchtenden Blütensternen eine in jedem Sommer hochwillkommene Geste. Willkommen auch der Spagnum, die im Herbst mit großer Virtuosität die schwarzen reifen Samenkerne aus dem Blütenfeld herauszuschleudern versteht. Will der Laubenvater den gefiederten Frechlingen einen Strich durch die Rechnung machen, um Ausfaat für das nächste Frühjahr zu retten, so legt er den größten und reifsten Blütenköpfen einen leinenen Verband an. Mit Vorliebe werden die Sonnenblumen bei den Laubfesten im Festzuge getragen oder zur Ausschmückung der kleinen und großen Festwagen benützt. Reulich haben wir eine jugendstrahlende „Sonnenkönigin“, die auf dem Festwagen von einem dichten Kranz von Sonnenblumen umgeben war. Das war ein Erntedankopfer der Laubkolonisten. Nicht unnötig löpften sie diese Prachtblume vor dem Verblühen, weil sie bis tief in den Herbst hinein bei Wind und Regen überaus widerstandsfähig gedeiht.

## Der Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße

Der Bau des dritten Bahnsteiges und der gesamte Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße hat in den letzten Wochen wieder erhebliche Fortschritte gemacht. Vor allen Dingen ist der Ausbau der Schalterhallen, der Treppenhallen und die eigentlichen Bahnsteigbauten, Schutthallen für die Treppen, der Dienstraum, Wartehalle, Zeitungs-Kiosk usw. auf dem Bahnsteige fertiggestellt worden, so daß der Innenausbau demnächst ebenfalls in Angriff genommen werden kann. An jedem Bahnsteigende hat ferner ein elektrisch vom Stellwerk aus betätigter Zugmelder Aufstellung gefunden, dessen elektrische Einrichtung allerdings noch fehlt. An der Nordfront des Bahnhofes sind jetzt schon große Mengen der eisernen Träger mit Mauerwerk und Gussmauerwerk errichtet worden, so daß der Besucher einen starken Eindruck von der geschmackvollen Einfachheit der neuen Front des Bahnhofes empfängt.

Auf dem Gelände der ehemaligen Peviniere, auf dem bekanntlich der Bau eines, und zwar des ersten Turmbauwerks in Berlin geplant ist, beginnen sich ebenfalls schon fröhliche Hände zu regen. Große Mengen Mauersteine und andere Baugeräte werden angefahren, aus denen dann der achtzehnschichtige Bau unmittelbar an der Spree, seinem der Anlieger zum Kerger erstehen soll. — Auf der Westseite, der Ausfahrt nach dem Berliner Bahnhof zu, sind in den Gleisdrängen der großen neuen Eisenbahnbrücke über Reichstagsufer, Spree und Schiffbauerdamm außer der Schotterdecke auch schon die ersten Teile der Einfahrtswegweiche gelegt worden, während in den beiden neuen Stellwerken „Frib“ und „Reim“ schon mit der Fertigstellung der Inneneinrichtung begonnen worden ist. Alles in allem ist zu erwarten, daß die Betriebseröffnung in den nächsten Monaten vor sich gehen kann, so daß mit dem Umbau des inzwischen außer Betrieb zu setzenden jetzigen Vorort- und Stadtbahnhofs, den zweiten Bauabschnitt des Umbaus, begonnen werden kann.

## Fahrtreismäßigung für Kriegsbeschädigte

Das Reichsarbeitsministerium teilt uns mit: Ueber die Verhandlungen wegen Fahrtreismäßigung für Kriegsbeschädigte auf der Berliner Straßenbahn sind irrtümliche Mitteilungen durch die Presse gegangen. Das Reichsarbeitsministerium hatte bereits am 5. Juli 1922 der Hauptfürsorgestelle Berlin auf Anfrage mitgeteilt, daß bedürftigen Schwerbeschädigten Zuschüsse für notwendige Straßenbahnfahrten aus Mitteln der sozialen Fürsorge gewährt werden könnten. Inzwischen hat sich auch die Stadtverordnetenversammlung mit der Angelegenheit befaßt. Ihr Beschluß ist am 29. Juli 1922 von der Hauptfürsorgestelle dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt worden. Dieses hat der Hauptfürsorgestelle umgehend erwidert, daß sie sich

wegen der Durchführung der Fahrtreismäßigung im einzelnen mit dem Magistrat Berlin unmittelbar ins Benehmen setzen möge.

## Die Ausführung des Reichsmietengesetzes für Berlin

Die Verhandlungen des städtischen Wohnungsausschusses mit den als Sachverständigen geladenen Vertretern der Mieter und Vermieter sind, wie berichtet, wiederum ergebnislos verlaufen, weil die Meinungen und Vorschläge zu weit auseinander gingen. Der Wohnungsausschuss muß aber sobald wie möglich dem Magistrat zur endgültigen Beschlußfassung seine Vorschläge unterbreiten, damit die erforderlichen Anordnungen noch rechtzeitig vor dem 1. Oktober veröffentlicht werden können. Grundätzlich ist die Regelung so gedacht, daß den Hauseigentümern die Kosten der Instandsetzungsarbeiten an den Häusern, den Mietern dagegen die vollen Kosten der Reparaturen in den Wohnungen, also Tapezieren, Anstreichen der Wände und Decken, Streichen der Fußböden, Fenster und Türen, Anhandhaltung von Herden und Oefen, Kofeläden und Kälousten aufgebürdet werden.

Von der im Reichsmietengesetz vorgesehenen Einrichtung von Hauskonten durch die Gemeindevverwaltung soll wegen der hohen Kosten und schwierigen Durchführung Abstand genommen werden. Besondere Schwierigkeiten machte auch die Berechnung der Grundmiete, auf die bekanntlich die neuen Zuschläge erhoben werden sollen. Von der Friedensmiete sollen die Instandsetzungs- und Betriebskosten mit 20 Proz., die Kosten der Belastung für die Sammelheizung mit 9 Proz. und für die Warmwasserversorgung mit 3 Prozent abgezogen werden. Die ebenfalls abzurechnenden Zinsen für die Nebenleistungen der Vermieter an Versicherungen, Hausreinigung und Treppenelektur sind noch nicht fest. Ebenso war eine Einbindung über die zu der so errechneten Grundmiete zu erhebenden Zuschläge noch nicht zu erzielen. Auf die Mieter sollen ferner noch der in Aussicht genommene Mietzuschlag die Betriebskosten und Nebenleistungen nach dem Verhältnis der Grundmiete umgelegt werden, und zwar: Grund- und Gebäudesteuer, die Entwässerungsgebühren, die Straßenreinigungsgeld, das Wasserrecht, das Schornsteinfegergeld und die Kosten der Müllabfuhr, wo sie behördlich befreit sind, in voller Höhe. Die übrigen Kosten dürfen einen bestimmten Bruchteil der Grundmiete nicht übersteigen.

Weitere Bestimmungen betreffen die großen Instandsetzungsarbeiten und die Regelung der Untermieten, wofür verschiedene Vorschläge vorliegen.

## Jugendweih der Arbeiter-Bildungsschule U.S.P.

Sonntag, den 17. und 24. September und 1. Oktober finden die Jugendweihen im Großen Schauspielhaus statt. Alle zur Jugendweih angemeldeten wird in diesen Tagen ein Schein zugestellt, auf dem alles nähere verzeichnet ist. Diejenigen, die im Laufe dieser Woche keine Nachricht erhalten, müssen dann noch einmal nachfragen (Tel. Zentrum 15238).

Der Unterricht findet statt im Norden: Schulaula, Müllerstraße, Gde. Preßstraße, Mittwoch, den 23. und 30. August und 6., 13. September, Schulaula Pappel-Allee 41, Freitag, den 25. August, 1., 8. und 15. September, nachmittags 4 Uhr; Rhein: Schulaula, Peterburger Straße 4, Sonnabend, den 26. August, 2., 9. und 16. September, nachmittags 4 Uhr; Südost: Schulaula Brangelstraße 128, Donnerstag, den 24. und 31. August, 7. und 14. September, nachmittags 4 Uhr. Für Moabit und Charlottenburg erfolgt noch die Bekanntgabe. Die Kinder gehen zu dem ihrer Wohnung am nächsten gelegenen Unterrichtslokal.

Eintrittskarten zu den Jugendweihespielen für Erwachsene zu 10 Mark und für Kinder, die als Gäste an den Weihen teilnehmen, zu 5 Mark, sind im Büro der Arbeiter-Bildungsschule, Brede Straße 89, in den Unterrichtslokalen und bei den Parteifunktionären zu haben.

## Der Millionenbetrag von Lüding auser-Voll vor Gericht

In der auffeherregenden Betrugsangelegenheit der russischen Adelsfamilie von Lüdinghausen-Voll ist die Voruntersuchung zum Abschluß gelangt und gegen den 18jährigen Baron Alexander v. Lüdinghausen-Voll wegen Betruges sowie wegen seiner 19jährige Schwester Wera wegen Teilnahme am Betrugs Anklage erhoben. Die Verhandlung soll am 2. September vor der Ferienkammer des Landgerichts I stattfinden. Das Verfahren gegen die Mutter des Barons und die älteste Schwester Elisabeth, die beide auch verhaftet worden waren, ist eingestellt worden. Bekanntlich hatten die Angeklagten einem Juwelier eine sehr geschick-

nachgemachte Perlenkette als echte für fünf Millionen Mark verkauft, einem anderen Juwelier hatten sie ein Perlenhandschmuck im Werte von 8 Millionen Mark aberschwindelt und an einem Reitweg im Tiergarten vergraben. Baron Alexander v. L. ist auf Antrag seines Verteidigers vom Gerichtsarzt Dr. Febrsen auf seinen Geisteszustand untersucht worden, da schon russische Ärzte anlässlich eines Verfahrens, das gegen ihn in Rußland eingeleitet worden war, als er im angeführten Auftrage der Petersburger Titelfu Juwelen beschlagnahmt hatte. Degenerationsercheinungen festgestellt haben sollen. Es sollte und nicht wundern, wenn der famose Baron noch unter den Schuss des berühmten 8 51 fällt.

## Die weiße Pest

### Anruf zur Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter.

Die Tuberkulose, die Tausende und aber Tausende von Menschen dahinführen läßt, hält jetzt reiche Ernte auch unter unserer Jugend.

Arm und elend, in engen Mietkasernen und dumpfen Kellerwohnungen, wächst unsere Jugend heran. Krieg und Unterernährung haben die jungen Körper zur Aufnahme der Tuberkulose vorbereitet. 60—80 Prozent der Schuljugend sind tuberkulös.

Darum richten wir an alle die dringende Bitte, helfe und in der Bekämpfung der Tuberkulose! Geht schnell und reichlich und die Mittel, die wir benötigen zur Verhütung unserer Kinder in Volkshäusern und Erholungsheimen. Ebenso sind uns alle Kräftigungsmittel für die armen abgelaubten und kranken Körper willkommen.

Unser aller Pflicht ist es, alles aufzubieten, um dem jugendlichen Organismus jetzt einen nachhaltigen Aufbau seiner Schutzkräfte zu ermöglichen, der der Lungentuberkulose einen festen Damm entgegensetzt.

Alle Geldspendungen und Gaben sind an unseren 1. Kassierer: Max Conrad, Berlin N. 39, Panstraße 3, vorn 1 Treppe, Postcheckkonto Nr. 84 104, mit Antwort: Tuberkulose-Fonds lungentrunder Kinder, einzuwenden.

Weitere Auskunft in allen Angelegenheiten erteilt die Ortsgruppe Berlin des „Verbandes der Lungentuberkulose-Erkrankten Deutschlands“. Vorsitzender: Reinhold Gossow, Berlin N. 65, Transvaalstr. 21, vorn 3 Tr. Sprechstunden: Dienstag und Freitag von 6—7 Uhr abends.

## Lehrlinge und Lehrmädchen zum Oktobertermin

Nach den großen Ferien beginnen erfahrungsgemäß Eltern und vor der Schulentlassung stehende Knaben und Mädchen eifrig mit der Suche nach geeigneten Lehrstellen zum 1. Oktober. Die Berufsämter erheben sich in dieser Zeit besonders lebhaften Auftrags von Rat- und Beihilfen suchenden. Nicht haben aber die Lehrherren des Handwerks, der Industrie und des Handels zu dieser Zeit ihre zum Oktober freizumachenden Lehrstellen noch nicht gemeldet, und Eltern und Stellen suchende müssen auf später vertröstet werden. Eine möglichst frühzeitige Lehrstellenmeldung läge aber im Interesse der Lehrherren, ebenso wie in dem der jungen Berufsanwärter beiderlei Geschlechts, damit sich nicht der ganze Ansturm von Stellen suchenden zusammenbräut. Das Landesberufsamt Berlin bittet daher alle Lehrherren, schon jetzt ihren Bedarf an Lehrlingen und Lehrlingmädchen zum 1. Oktober d. J. zu melden (schriftlich oder telefonisch), und zwar: für die Verwaltungsbereiche 1—6 an das Berufsamt Berlin N. 24, Brandenburger Straße 54 (Telefon: 1076); 7 an das Berufsamt Spandau 124 und 130; — Berw.-Bez. 7 an das Berufsamt Charlottenburg, Berliner Straße 81 (Amt Wilhelm 7900); — Berw.-Bez. 8 an das Berufsamt Spandau, Marktstraße 6 (Magistrat Spandau 415, 465); Wilmersdorf, Bodenische Straße 4/4 (Magistrat Wilmersdorf); — Berw.-Bez. 11 an das Berufsamt Schöneberg, Winterfeldplatz, Barock (Amt Stephan 2080—2085); — Berw.-Bez. 14 an das Berufsamt Reinickendorf, Erfstraße 28 (Amt Reinickendorf 1322 und 007); — Berw.-Bez. 17 an das Berufsamt Lichterberg, Schreberbauer Straße 2 (Amt Lichterberg 1233); — Berw.-Bez. 20 an das Berufsamt Reinickendorf, Klottenstraße 48 (Amt Reinickendorf 1820—1825).

In den übrigen Verwaltungsbezirken Berlins bestehen zurzeit noch keine selbständigen Berufsämter. Die Berufsberatung und Beihilfenvermittlung wird dort von Berufsämtern in besonderen Sprechstunden mitbestimmt. Lehrstellenmeldungen nehmen jedoch auch in diesen Bezirken die Bezirksberufsämter entgegen, und zwar: Berz.-Arb.-Amt Reinickendorf Hauptstr. 33 (Amt Reinickendorf 1301—1308, Nebenleitung 22); — Berz.-Arb.-Amt Steglitz, Schloßstraße 36 (Amt Steglitz Rathaus 600—610); — Berz.-Arb.-Amt Tempelhof, Dorfstraße 42 (Amt Südru 709—806 Hausanschl. 80); — Berz.-Arb.-Amt Treptow (Rohmannstraße, Königsplatz 1) (Amt Oberschöneweide 1193—1199); — Berz.-Arb.-Amt Köpenick, Pulverstraße, früher kath. Gemeindefabrik (Amt Köpenick 613)

# Denken Sie an Ihre Kinder

## „unsere noch billigen Preise“



Der beste haltbarste Stiefel für unsere Kinder

|   |  |
|---|--|
| <b>Kinder-Hausschuhe</b> prima Stoff, mit Kordelohle, in extra schön. frisch. Farb. Besond. preiswert. Größe 31—5 82,00, 27—30 72,00, 31—34 68 00                   | <b>Kinder-Sandalen</b> in braun Bindleder, besond. starke Lederohle, Absatz. Gr. 31—33 298,00, 34—36 259,00, 37—39 239,00, 40—42 249,00, 43—46 189 00    |
| <b>Kinder-Schnürstiefel</b> in weissen Leinen, naturgem. breite Form, mit Absatz. Sehr billig! Gr. 31—33 229,—, 34—36 198,—, 37—40 168,—, 41—44 158,—, 45—48 108 00 | <b>Kinder-Spangenschuhe</b> pr. Bindbox, auch Kordelohle, naturgem. breite Form, mit Absatz, bestes Fabrikat. Gr. 31—33 295,00, 34—36 245 00             |
| <b>Kinder-Turnschuhe</b> grün und schwarze Segwisch, mit prima Chromlederohle, besonders praktisch für Sport a. Strassen. Gr. 31—33 188,00, 34—36 145 00            | <b>Kinder-Halbschuhe</b> zum Schnüren, in Bindbox, auch Kordelohle, E.T. Lacke, m. Derbysohl. bequ. Form. Sehr preiswert. Gr. 31—33 350,00, 34—36 295 00 |
| <b>Kinder-Halbschuhe</b> prima weisse Leinen, a. Schnür, m. Spange, schöne breite Form, mit Absatz. Gr. 31—33 225,00, 34—36 210,00, 37—40 185,00, 41—44 158 00      | <b>Kinder-Schnürstiefel</b> prima Bindbox, besonders fester Schnür- und Strassentiefel, bequemschuhform. Sol. Vorrat Gr. 31—35 425,00, 37—40 375 00      |
| <b>Knaben-Schnürstiefel</b> in Bindh. Derbysohl., mod. runde Form. Sehr billiges Angebot, solange Vorrat Gr. 36—39 590 00   |  |

**Diese Woche Schulbeginn!**

Stüller



## Aus jüngster Vergangenheit . . .

Von Gregor Gerschuni.

Wir entnehmen das nachstehende Kapitel dem hervorragenden gleichlautenden Buche des ehemaligen Führers der Sozialrevolutionäre, das dem jetzt in Moskau zum Tode verurteilten Freunde und Kampfgesährten des Verfassers, G. G., gewidmet ist. Gregor Gerschuni wurde 1904 verhaftet, durch Demütigung eines Parteimitgliedes (wer denkt nicht an den Moskauer Prozeß 1922?) zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt. Später gelang es ihm, den Zarenhaken zu entflechten. Das Buch schildert besonders anschaulich die Qualen und Verfolgungen der russischen Revolutionäre unter der Zarenherrschaft, Zustände, die noch den jüngsten Ereignissen nur noch vom bolschewistischen Schreckenregime übertroffen werden.

D. Red. d. Freiheit.

Der Anklageakt zu unserem Prozeß war unter speziellen Verhältnissen zustande gekommen und verfolgte bestimmte Ziele. Man gab sich nicht einmal Mühe, mir diese Umstände zu verbergen, denn ich galt als „fertiger“ Mensch, der alle Geheimnisse in die andere Welt hinübernehmen mußte. Mit solch einem Menschen kann man ruhig offener sein und ihm Dinge aufdecken, die man vor jedem andern „Nichtsterbenden“ zu verbergen sucht. Besonders offen war Marzow, teilweise auch Trusewitsch, letzterer allerdings mit der Absicht, mich zu verleihen.

Der Mord Sipiagins hatte nach ihrem eigenen Eingeständnis auf sie den Eindruck eines plötzlichen Donnerstreiches gemacht.

Alle verloren die Besinnung. Der Schrecken und die Verwirrung wurde um so größer, als man vor einem völligen Rätsel stand und keinerlei Spuren zu finden waren. Alle Genies des Polizeidepartements, mit Trusewitsch an der Spitze, wurden in Bewegung gesetzt, aber sie konnten nichts entdecken. Ebenso resultatlos verließ für sie der Anschlag auf Dvorenko; Bogdanowitschs Tod endlich war für sie der richtige „Skandal“, denn nicht einmal die unmittelbaren Volkstrotzer gerieten in ihre Hände.

Aber befanntlich verlor ich schon nach den beiden ersten Attentaten ein Teil der revolutionären Literatur den Eindruck abzuschwächen. Man bemühte sich dort nachzuweisen, daß der Mord Sipiagins das Werk der persönlichen Initiative Balmatschews war.

Da nun die Leiter der Voruntersuchung nicht imstande waren, die „Wurzeln und Fäden“ aufzudecken, antworteten sie auf die ungeduldigen Fragen und Vorwürfe, die ihnen von oben zuteil wurden, daß es keinerlei Wurzeln und Fäden gäbe, die ganze Sache sei überhaupt nichts wert, alle Parteien seien gegen terroristische Mittel, mit Ausnahme eines kleinen Dösleins, das keinen Zusammenhang mit der Masse habe. Zum Beweis wurden Auszüge aus einigen „der schlagendsten und vollkommen korrekten“ antiterroristischen Artikel beigelegt.

Man glaubt so leicht, was man glauben will. Zum mindesten ist es leicht, sich diesen Anschein zu geben. Alle Bemühungen des Departements gingen damals dahin, nachzuweisen, die terroristischen Attentate seien nicht das Resultat einer Kampfstimmung, die in der großen Masse des Volkes infolge der tierischen Grausamkeit der Regierung herrschte und die sich von Tag zu Tag verstärken mußte. Die Attentate waren nach Meinung des Departements einfach das Werk einiger übelgenütter und zuchtloser Menschen, natürlich waren es in erster Reihe wieder die Juden, die naive, unerfahrene junge Leute förderten. In den „oberen Sphären“ wurde diese Anschauung beifällig aufgenommen und — l'appétit vient en mangeant — unwillkürlich kam der Ge-

danke, es wäre gut, diese „gesunde Anschauung über den wahren Zusammenhang“ auch in der Gesellschaft zu verbreiten.

Die ganze Angelegenheit wurde nun Trusewitsch anvertraut, „dem Meister in diesen Sachen“, Grigoriem und Katschura wurden dementsprechend bearbeitet und befehrt, man distanzierte ihnen die gefährlichen „aufrichtigen Auslagen“ und so entstand der Anklageakt, den man in der Amtszeitung erscheinen lassen wollte. In den „höheren Sphären“ freute man sich schon im voraus der Niederlage der Rebellenhunde und triumphtierte. Bei der Verhandlung ergab sich jedoch sofort mit zweifelloser Sicherheit die ganze Sinnlosigkeit und Lügenhaftigkeit von Grigoriens Auslagen; Katschura widerrief vieles, mit einem Worte, es wurde klar, daß doch nicht alles so einfach war, wie es das Polizeidepartement in seinem Vorbericht auseinandergelegt hatte. Die „Wurzeln und Fäden“ waren vielleicht nicht aufgedeckt worden, weil sie gut verborgen waren und Katschura und Grigoriem wußten vielleicht nicht das Richtige.

Die Meinungen über die Veröffentlichung des Anklageakts waren geteilt. Die Reber sagten, der Druck könne eine Blamage werden und die „Entlarvung“ würde vielleicht nicht anderes bedeuten, als die Verbreitung illegaler Literatur auf Kosten der Regierung. Diese Ansicht drang endlich durch und man beschloß nicht nur den Anklageakt nicht zu veröffentlichen, sondern die ganze Angelegenheit überhaupt zu verschweigen. Das Resultat war ein Fiasko, das in seiner Art einzig ist: nicht einmal das Urteil wurde gedruckt.

Das war also der Charakter und die Bedeutung des Anklageakts auf der einen Seite. Auf der andern war er ein großes Dokument, wie tief eine menschliche Seele fallen kann, wenn sie sich von dem Wunsch nach Freiheit umfrieren läßt, die drohende Verantwortung zu vermindern sucht und in die erfahrenen Hände der Herren Trusewitsch usw. gerät, die ihre Opfer reich und geschickt von allen Seiten umgarnen und plündern, Verleumder und Verräter aus ihnen machen. Aber trotz alledem kann man sich wohl leicht jenen ungläublich schweren schmerzlichen Eindruck vorstellen, die der Anklageakt in der ersten Zeit auf jene machen mußte, gegen die er gerichtet war.

Keine Sache, kein großer Prozeß läuft ohne Verrat ab. In Sachen, wo am Schluß der Waagen steht, läßt sich offenbar kein einmütiges Ausbarren aller bis zum Schluß erlangen. Aber ihr mögt das theoretisch noch so gut wissen, nichts kommt der Dual gleich, als wenn in eurer eigenen Sache ein Verräter auftaucht.

Wie sehr sich auch die Gendarmerie bemühte, alle ihre Erdrückungen zu verheimlichen, die unter dem Titel „Voruntersuchung“ gingen, es gab doch auch für sie nichts, „was die Sonne nicht an den Tag bringen sollte“. Popuchin und Trusewitsch hatten versichert, ich würde die Akten der Voruntersuchung nie erhalten, wenn ich keine Auslage mache. Als ich aber nach Einhäudigung des Anklageakts dem Kriegsgericht überwiesen wurde, erklärte ich Einsicht in das Untersuchungsmaterial nehmen zu wollen. Keine diesbezügliche Eingabe wurde sofort bewilligt. Sieben riesige Bände! Große Güter, was war da nicht alles zusammengetragen. In diesem Falle stimmte das Wort wirklich: „Hier ist alles, wenn es nicht Betrug ist“. Sogar das Mitglied des Gerichtshofes, das „die Sache“ vorzur, konnte sich eines Lächelns nicht enthalten und machte eine hoffnungslose Handbewegung, als es „das Untersuchungsmaterial“ durchblättere.

Das waren also die „reumütigen, aufrichtigen Auslagen“ Katschuras. Das Blatt war nicht von seiner Hand geschrieben, aber von ihm unterschrieben. (Katschura schrieb vollkommen orthographisch, er machte sogar Verse.) Der

Stil war der von amtlichen Widerlegungen. Schon beim ersten Verhör in Schlüsselburg nannte er meinen wirklichen Namen, trotzdem er weiterhin selbst angab, daß er sogar meinen Parteianamen nicht wußte.

Seine Auslagen waren eine Reihe sinnloser und läppischer Phrasen über Leute und Gruppen, mit denen er nie etwas zu tun hatte, und von deren Tatkraft er keine Vorstellung hatte.

Von gleicher Art, nur noch unsinniger, waren die Auslagen Grigoriens, die an hundert Bogen kleinschriftlichen Papiers ausmachten. Bei beiden fanden sich Antworten auf alles und über alles, was in der Partei vorging. Aber da diese Leute von neun Zehnteln der Vorgänge in der Partei keine Ahnung hatten, so war vollkommen klar, daß der geniale Trusewitsch selbst die Fragen stellte und sich selbst die Antwort gab.

Man kann sich leicht vorstellen, was für ein „reichhaltiges“ Material dabei entstand. Aber leider! Das Genie mußte seine Schuld büßen. Er wollte so viel aus ihren „aufrichtigen“ Auslagen hervorlocken, daß diese Auslagen schließlich selbst für das Polizeidepartement jeden Wert verloren. Es ließ sich nichts aus ihnen entnehmen als eine hellose Verwirrung.

### Brief Gerschunis aus der Schlüsselburger Festung.

Geliebte Genossen!

Das kürzlich noch ein Traum gewesen ist, beginnt Wirklichkeit zu werden. Das Land erhebt sich, die Nebel zerstreuen sich. Entsetzen packt mich bei dem Gedanken, mit welcher furchtbaren Opfern die Freiheit erkauft wurde und wieviel unschuldige Opfer dieser Beginn der Freiheit gekostet hat. Ewige Schande über die Häupter derer, die verantwortlich sind für die Megeleien und alle Grausamkeiten, die verübt wurden. Das Land wird noch außerordentlichen Mut und große Bürgerfreuden von denen fordern, die für die Freiheit und das Wohl des Volkes weiterkämpfen werden und fürer, meine lieben Genossen der sozialrevolutionären Partei, harren noch viele Schwierigkeiten. Hundert Versuche werdet Ihr erleben, wo man das russische Volk verraten und verkaufen wird wollen gegen ein Einseitgericht, das das zur Strecke gebrachte Zarenregime bereit sein wird, der Bourgeoisie anzurichten, und diese Bourgeoisie selbst werdet Ihr bereit sehen, ihr kleinsüßliches Glück auf den Schultern des Volkes und der Revolutionäre aufzurichten. Wer gleichgültig ist gegen die Interessen der Massen, wird unsere Reihen verlassen und andere, die sich bisher feige abdrückt hielten, werden sich zu uns drängen und eine wohlfeile Popularität suchen. Die Partei wird das Verschwinden der einen nicht bedauern und die andern zurückstoßen. Die sozialrevolutionäre Partei, die sich die Freiheit und die Interessen der arbeitenden Klasse zur festen Regel gesetzt hat, wird sich einen Weg zu bahnen wissen durch die Haufen ihrer Feinde und falschen Freunde.

Ich schide allen, die unter der sozialistischen Fahne kämpfen, meinen brüderlichen, herzlichsten Gruß.

Ich hege festes Vertrauen in den politischen Takt, in den Mut, in den Geist der Entsagung in der sozialrevolutionären Partei. Wir andern aber werden unsere aufzunehmenden Einsamkeit handhaft tragen und werden vertrauensvoll, gläubig der Zukunft Russlands entgegensehen.

Kassales Bibliothek in der Breslauer Stadt-Bibliothek. Herr Carl Feld-Wildenburg hat der Breslauer Stadtbibliothek die Bibliothek Ferdinand Kassales zum Geschenk angeboten. Sie umfaßt etwa 1000 Bände, die vorwiegend der Geschichte, Philosophie, den Rechts- und Staatswissenschaften angehören.

## Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(18. Fortsetzung.)

Wenn von nun an die Buben „lutherischer Dickkopf“ ihm zuriefen, — und sie riefen es ihm nun noch mehr, — so nahm er das ruhig hin. Er rief nicht mehr „katholischer Kreuzkopf“ dagegen. Er fühlte, daß es nichts Schlimmes sein könnte, lutherisch zu sein. Was es Schlimmes sein könnte, verstand er nicht.

Im Dorfe machte man ein groß Mirakel von der ganzen Sache und benützte sie dazu, den Philipp schlecht zu machen, zugleich aber auch, den schlechten Einfluß des alten Krafft zu beweisen.

In der Ansprache an die Erstkommunikanten am folgenden Sonntag, dem „weißen Sonntag“, waren ein paar Bemerkungen darüber, die nicht leicht mißzuverstehen waren. Der Pfarrer Anödterich machte von Zeit zu Zeit Gedächtnisse von der ewigen Sehnsucht nach der ewigen Liebe — nun schwelgte er ein wenig in ihrer Erfüllung.

Der Krafft blieb jetzt und später still dazu. Die Klar hätte die Kräfte und ging mit mächtigen Schritten, ihren Philipp an der Hand, aus der Kirche heim. Sie lachte.

Bei der alten Lisbeth klopfte sie ans Fenster und rief sie her. Dann erzählte sie ihr die Vorkommnisse und machte ihrem Kergev Luft. Sie wußte auch nicht, ob sie nicht selbst über ihren Philipp herfallen sollte.

Die alte Lisbeth hörte sie ruhig an. Die Klar wurde schon ungeduldig, daß sie nichts sagte. Was sie auch ihrem Philipp unredet?

Schon wollte sie auf ihn schimpfen. Da sagte die alte Lisbeth: „Hast recht getan, Bub,“ und legte ihm die Hand auf den Kopf.

Damit war für die Klar der Philipp von aller Schuld losgesprochen, und sie war stolz auf ihn. Die Stangin mochte ruhig noch eine Stunde früher ihren täglichen Kirchgang beginnen, es machte ihr nun nichts mehr aus.

Der Sonntag war ihr nun ein richtig „weißer“.

Und gut und schön stand ihr mittendrin die alte Lisbeth.

Am Mittag ging sie in ihren Garten und schnitt Blumen. Die schönsten von den Stöcken. Es wurde ein mächtiger und bunter Strauß. Dann ging sie hin zur alten Lisbeth und legte ihn auf den Tisch:

„Da, Lisbeth, daß Ihr was habt zu euer m weißen Sonntag.“

Und dann schämte sie sich — o, dann schämte sie sich so sehr, als sie das getan hatte.

### Acht's Kapitel.

Eigentlich war es bis jetzt dem Philipp ziemlich gleichgültig gewesen, was er werden sollte. Es war für ihn ganz natürlich, Maurer oder Ziegelmacher zu werden. Weiter stand sein Sinn gar nicht. Der Kreis der Gasse hier, das war sein selbstverständlicher Lebenskreis, ohne daß er darüber nachgedacht hätte. Hier gehörte er dazu, und hier würde er für immer bleiben, wie es jeder tat, der zu ihr gehörte, weil er in ihr jung gewesen war. Und wer neu hinzukam, nun, der kam eben aus einer ähnlichen Gasse von auswärts, in der auch nur kleine Häuser standen, in der sich kaum zwei Fahrwerke ausweichen konnten, die nichts weiter war als ein Fahrweg, ein Nebenweg der großen Hauptstraße, abseits, unbedeutend, von niemand geschätzt. Und vielleicht hatte die kleine Gasse, wo sie herkamen, nicht einmal so schöne Gärten, nicht den Blick auf freie Feld hinaus, auf den Grund der Wiesen, auf die Rebhänge. Der Schreiner Krippentorf, der zugezogen war, war gar in Mainz geboren — was mochte er da gesehen haben von seinem Vätern aus — nur Mauern und Fenster — und oben, hoch oben, ein schmales Stück Himmel, der nicht einmal so blau war wie der Himmel hier. Wenn sich der Philipp aber auf die Hauptstraße stellte, dann hatte er eine ganze Weite rings und konnte stolz darauf sein. Das war, als ob er das beherrschte. Von seiner Treppe aus oben. Und wenn es ihm auch nicht gehörte, so gehörte es ihm doch. Er konnte es mit seinem Blick umspannen. Er sah die Rosen in den Gärten, die Sonnenblumen, die hohen Malven, die roten Geranien und den weißen und lila Flieder, und wenn es

abends feucht durch die Gärten wehte, dann schwebte der Geruch herüber — all her zu seiner Treppe oder an sein Fenster — Nelken- und Rosen-, Rosen- und Fliedergeruch. Und die Vögel, die hier sangen! Die Finken, besonders die Stockfinken, im Gien, der in Eckerts Garten die Mauer einhüllte und einen schweren Kamm obendrauf legte, die Nachtigallen in aller Frühe in den Hollarbüschen am Lorenz Schwarz seinem Bienenstand, und auf der Fichte von der alten Lisbeth, besonders wenn es erst geregnet hatte, die Schwarzjamsel. Und irgendwo die Antwort von einer anderen. Das war doch eine Welt. Eine Welt, von der sich ein Bub Herr fühlen konnte. Und wenn die Kirshen reif waren — und die Zwetschen — und auf dem Lorenz Schwarz seinem Birnbaum die Birnen und in Eckerts Garten die dicken türkischen Pflaumen und beim Nathan, dem geizigen Nathan, die Mirabellen und die Hordendorfer und ganz spät, wenn es fast schon in den Winter ging, die harten Lederbirnen, die erst an Weihnachten gut werden — was war' da dabei, wenn man durch einen Zaun schlüpfte oder über eine Mauer stieg, oder über dem Lorenz Schwarz seinen Bienenstand kroch und sich an einer festen Hollarstange herunterließ und eins tüchtig unter seinem Birnbaum pfefferte — wenn er auch frisch, das Schlappohr, was tat's! Und war's nicht ein Späß, wenn man sah, wie der Nathan wie ein Verrückter in seinem Garten herumließ und die Fußspuren verfolgte und mit Blumen und Ohrenkragen absuchte, derweil man sich seine Mirabellen gutschmecken ließ. Der Geizkragen, da hatte er's dafür, grad, weil er so geizig war. Bei der Rannetant brauchte man nur zwischen den Latten durchzulangen, da hatte man die schönsten Johannissträuben und Himbeeren, und in Stennermichels Garten, auch dicht genug am Zaun, standen die gelben Klosterbeeren, so dick wie ein kleiner Rindskopf. Oder doch mindestens wie ein Taubenel. Wie eine kleine Kuh aber ganz sicher. Und von denen brauchte man gar nicht die Haut abzuziehen, die waren nicht so pelzig, wie sonstwo, und die paar Stacheln, die sie hatten, die reinigten den Magen. Mutter sagte das auch immer.

(Fortsetzung folgt.)



|  |   |
|--|---|
| <b>Herren-Hemden</b> graues festes Gewebe . . . . . M. <b>37<sup>50</sup></b>                                  | <b>Herrenhandschuhe</b> Wolle, gestrickt . . . . . M. <b>15<sup>00</sup></b>                |
| <b>Herren-Hemden</b> Vigogne M. <b>86<sup>00</sup></b>   | <b>Hosenträger</b> Gummiband mit Lederteilen . M. <b>32<sup>50</sup></b>                    |
| <b>Herren-Unterhosen</b> Vigogne . . . . . M. <b>76<sup>00</sup></b>   | <b>Sportkragen</b> . . . . . M. <b>3<sup>50</sup></b>                                       |
| <b>Herren-Unterhosen</b> graues festes Gewebe . . . M. <b>36<sup>00</sup></b>                                  | <b>Strickbinder</b> elegante Muster M. <b>29<sup>00</sup></b>                               |
| <b>Unterjacken</b> für Herren und Damen, vorzügliche Qualität . . . . . M. <b>45<sup>00</sup></b>              | <b>Herren-Filzhüte</b> in modernsten Farben und Formen . . . M. <b>260<sup>00</sup></b>     |
| <b>Damen-Schlupfhosen</b> für den Winter, vorzügliche Qualität, grau und marine . . M. <b>275<sup>00</sup></b> | <b>Ueberziehjäckchen</b> für Damen, reine Wolle . . M. <b>255<sup>00</sup></b>              |
| <b>Hemdhosens</b> für Knaben und Mädchen, gute Qualität . . . . . M. 89, 79, <b>69<sup>00</sup></b>            | <b>Damen-Stickerei-Unter-tailen</b> . . . . . M. <b>84<sup>00</sup></b>                     |
| <b>Erstlingshemden</b> . . . M. <b>3<sup>50</sup></b>  | <b>Herren-Ulster</b> halibare gute Qualität, M. 700, <b>500<sup>00</sup></b>                |
| <b>Herrensocken</b> sehr haltbar, Wolle . . M. <b>15<sup>00</sup></b>  | <b>Engl. Lederhosen</b> gestreift, außergewöhnlich haltbar . . . M. <b>450<sup>00</sup></b> |
| <b>Herrensocken</b> M. 39,50, 19,50 <b>8<sup>50</sup></b>  | <b>Militärhosen</b> schwarz, sehr haltbar . . M. <b>625<sup>00</sup></b>                    |
| <b>Strümpfe</b> Größe 3-8, durchweg . . . . . M. <b>5<sup>75</sup></b>   | <b>Frackwesten</b> weiß, gelitten, von M. <b>75<sup>00</sup></b>                            |

**Schlafdecken** weiß, grau u. braun 190x140 cm M. **232<sup>00</sup>**

# BAER SOHN

Berlin **nur Chausseestr. 29/30**

Anmerkung: Angebote freibleibend. Verkauf rationiert.

Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt.

Die mit \* bezeichneten Waren kommen nicht zum Versand.

## Der Triumph des weitsichtigen Kaufmanns!

Durch frühzeitige Einkäufe außerordentlich billige Einkaufsgelegenheiten in allen Abteilungen bei:

# Hermann Engel

Landsberger Straße 85, 86, 87

|   |   |   |
|---|---|---|
| <b>Wollmusselin</b> 80 cm br., gemustert, Meter M. <b>98.50</b>                     | <b>Mäntel</b>   | <b>Damen-Taghemden</b> mit Sückerel . . M. <b>240.00</b> <b>297.50</b>                  |
| <b>Volle</b> 100 cm breit, in reiz. Mustern, Mtr. M. <b>120.-</b>                   | <b>imit Katzenjacken</b> M. 2000.-, 1998.-, <b>896.-</b>  | <b>Damen-Nachthemden</b> mit Stick, (Empire) M. 500.- <b>528.00</b>                     |
| <b>Blusen-Zephir</b> in schönen Drucken, Meter . M. 133.-, 119.-, <b>98.50</b>      | <b>Schw. Wintermäntel</b> M. 3500.-, 2900.-, <b>2700.-</b>  | <b>Hemdhosens</b> offen und geschlossens, mit Sticker, Spitze u. Eins. M. <b>550.00</b> |
| <b>Feinste Herrenstoffe</b> für Herren-Anzüge, Beinkleider, Paletots und Ulster     | <b>Uebergangsmäntel</b> kariert . . . . . M. <b>1850.-</b>  | <b>Herr.-Mako-Einsatzhemd.</b> M. 475.00, 350.00 <b>325.00</b>                          |
| <b>Neueste Damen-Kleiderstoffe</b> für Kostüme, Mäntel und Ulster                   | <b>Wintermäntel</b> feinstes Flansch. M. 3000.-, 2400.-, 1998.-   | <b>Bunte Trikot - Herren - Garnituren</b> M. 500.00 <b>450.00</b>                       |
| <b>Musselin-Strümpfe</b> farbig <b>118.50</b>                                       | <b>Winterjacken</b> . . M. <b>298.-</b>   | <b>Weisse Trikot - Herren - Garnituren</b> M. 298.00 <b>259.00</b>                      |
| <b>Schwarze kunstsiedene Strümpfe</b> . . M. 198.50, <b>157.50</b>                  | <b>Wintermäntel</b> . . M. <b>398.-</b>   |   |
| <b>Farbige und schwarze Seidenstrümpfe</b> . M. <b>220.00</b>                       | <b>Kleider</b>  |   |
| <b>Herrensocken</b> gestreift, Kunstseide u. Flor . . . . . M. 110.00, <b>98.50</b> | <b>Weisse Waschkleider</b> 198.-  |   |
| <b>Prima Schweiß-Socken</b> hell und dunkel . . . . . <b>49.50</b>                  | <b>Wollmusselkleider</b> jugendl. Macharten M. <b>498.-</b>   |   |
| <b>Wollgemischte Herren-Unterjacken</b> . . . . . M. <b>390.00</b>                  | <b>Weisse und farbige Vollvollekleider</b> in allen modern. Fassons M. 705.-, 608.-, 594.- <b>498.-</b>     |   |
| <b>Knaben - Trikot - Anzüge</b> 40, 45 u. 50 cm lg. . M. <b>178.50</b>              | <b>Dunkelblaue Cheviotkleid.</b> r. Wolle, M. 975.- <b>793.-</b>  |   |
| <b>Woll. Kinder-Strickkleidchen</b> in allen Farben                                 | <b>Reinw. Kleider</b> in viel. Farb. u. Treppen od. Stickeren reichverziert M. 1095.-, 1073.- <b>1296.-</b> |   |
| <b>Korsetts</b> in allen Weiten M. 800, 775, 195, <b>149.00</b>                     | <b>Blusen</b>   |   |
| <b>Bunte Damenschlürfer</b> in all. Farb. M. 125, 88.50, <b>83.50</b>               | <b>Sportbluse</b> aus prima Perkal- u. Zephirstoff. <b>225.-</b>  |   |
| <b>Prima Scheuertücher</b> M. <b>11.50</b>  | <b>Weisse Waschblusen</b> aus prima Vollwolle in geschmackvoller Ausführung . . M. 345.- <b>298.50</b>      |   |
| <b>Paletotfächer</b> gelb . . . . . M. <b>9.50</b>                                  | <b>Woll-Jumper</b> M. 750.-, 505.-, <b>450.-</b>  |   |
|   | <b>Teppiche</b> erste Fabrikate   |   |
|   | <b>Läuferstoffe</b>   |   |
|   | <b>Vorhangstoffe</b>  |   |

## Weinberger Schuh-Pabrik Brunnenstr. 25

Detail-Verkauf von Damen- und Herren-Stiefeln und -Schuhen zu Fabrikpreisen

## Kleine Anzeigen

**Verkäufe**  
Auf Kredit  
Neu eröffnet, Herrenanzüge, Damenanzüge, Kleider, Hüte, Schuhe, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

**3000 Anzüge**  
Schlupfer, Gummimäntel, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

**Neuere Zeitungen**  
Ereignisse, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

**Bestmögliche billig!**  
Dies Woche großer Verkauf, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

**Möbel**  
Möbelverkauf, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

**Kaufgefuche**  
Kaufgefuche, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

**Wädelhand**  
Wädelhand, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

**Piano**  
Piano, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

**Vitolen**  
Vitolen, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

**Wandlöhner- und Glanzschneiderei**  
Wandlöhner- und Glanzschneiderei, etc.  
Kaufmannstr. 27/1

# Ed. Goldackers

**28 FILIALEN**

Kauft man Lebensmittel am besten u. billigsten.

Eigene Dampfmühle • Eigene Bäckerei.

Mehle.

Centrale: Brunnenstr. 129/30  
Telef. Amt Humboldt 5813/14

In allen Stadtteilen.

# Gewerkschaftliches

## Die Profite der Amalinkönige

### Das schandwürdige Afford- und Prämiensystem

Aus der Badischen Amal- und Sodafabrik wird uns geschrieben:

Die Arbeiterchaft der Amal- und Sodafabrik Ludwigschafen a. Rh. wendet sich erneut schärf gegen das Afford- und Prämiensystem.

Während des Krieges schon wurde in verschiedenen Werksstätten Afford und Prämie eingeführt. Von früh bis spät mußten die Arbeiter ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit, im Interesse der Vaterlandsverteidigung, wie ihnen erklärt wurde, schuften, überstunden und Sonntagsarbeit waren auf der Tagesordnung! Wehe demjenigen, der noch an ein Menschenleben dachte. Ihm drohte der Schächergraben, und so schulteten die Proleten weiter, nicht achtend der Gefahren, die sie umlancierten. So floh im September 1917 in Dovan, Bay 38, ein Dien in die Luft. Acht Tote und mehrere Schwerverletzte blieben auf dem Schlachtfeld der Arbeit. Doch was liegt dem profitgierigen Kapital an ein paar Arbeiterleben, an der Not der Hinterbliebenen? Nichts! Das Prämiensystem wird weiter beibehalten. Eine Explosion im September 1919, im gleichen Betrieb, kostete wieder einem Arbeiter das Leben und gab einige Verletzte. Kein Mäher bei den Amalherren; es sind ja nur Proleten, die für Unternehmer — Profitgier — bluten.

Im Oktober 1920 Ausperrung der Belegschaft vom Werk Dovan. Die Konjunktur ist günstig. Die Arbeiterchaft muß sich der Unternehmerwillkür, vertreten durch die Herren Dr. Keller und Schüle, beugen. Nebenbei sei bemerkt, daß ersterer durch sein provokatives Vorgehen die Ausperrung vom Werk Dovan verschuldet hat.

Die Ausperrung ist beendet. Mit den Arbeitern hält das anfangsmäßige Afford- und Prämiensystem seinen Einzug in die Fabrik. Proleten schuften und schuften. Die Explosionen liegen so längere Zeit zurück. Was nützt unter Stränden der Unternehmung braucht den Mehrwert; es ist ihm gleich, wie er aus den Arbeitern herausgepreßt wird. Die Wirtschaftslage der Arbeiter verschlechtert sich mehr und mehr. Not und Elend werden ärger auf Seiten der Unterdrückten, Mühsamkeit, im Überfluß schmelzend, Kleingewinne einheimend, Orgien feierend auf der andern Seite, der Klasse der Ausbeuter.

Nicht bewußt, daß sie auf einem Vulkan stehen, arbeiten die Proleten im Werk Dovan weiter.

21. September 1921, 48 Uhr früh! Ein Schlag erschüttert die Erde! Was kann es sein? fragen sich die Bewohner der nähere und weiteren Umgegend von Dovan. Ist es ein Erdbeben? Nein! Die kapitalistische Profitgier hat neue Opfer gefordert! Von 2.110 war in die Luft geschossen! 4000 Tonnen Ammoniumsulfatexplosivstoff explodierten — Dovan in einen Trümmerhaufen verwandelnd. ... Arbeiterfrauen, Arbeiterkinder suchten nach dem Gatten, nach dem Vater! Arbeitermütter, Arbeiterväter nach dem Sohn. Wo ist er? 600 Tote, Hunderte Schwerverletzte sind dem Bannort Kapital erneut zum Opfer gefallen. Hunderte Familien betrauern den Ernährer. Hunderte Mütter und Väter den Sohn. Kein Mäher bei den profitgierigen Amalherren. Die Aktien steigen! Die Profite werden größer! Menschenleben wurden in Ramon ungenutzt. Trotz Vernichtung im Werk Dovan, trotz enormer Aufwendungen für Neubauten und Reparaturen 168 Millionen schätzbare Dividenden an die Aktionäre der A.S.A.; denn es wird in Afford und Prämie weitergeschuftet. Für die Hinterbliebenen der Opfer schöne Grabreden; wir werden euch helfen! Die Hilfe sieht so aus, daß sie einem langjamern Sondernote gleichkommt.

Der Arbeiterrat fordert in den Sitzungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses immer wieder die Beseitigung dieses arbeiternordenden Systems. Verabschiedung, einwandfreier Restitutions der ungenutzten Maschinen der Stoffe durch Professor Gosalves-Berlin, der die explosive Zusammenstimmung bis 90 Proz. nachwies, ist dieses System nach Meinung der Amalherren nicht die Ursache der Katastrophe. Naturgewalten liegen der Explosion zugrunde. Was alt der Arbeiter, wenn Aktionäre Gewinne brauchen und Afford und Prämie die besten Mittel sind, ihnen solche zu schaffen!

Wenige Wochen später müssen im Werk Ludwigschafen, Bay 31, zwei Arbeiter ihr Leben lassen, einer wird schwer verletzt durch Explosion einer Amalherrenscheibe. Prämie und Afford feiern Triumphe! Die Not der Proleten wird größer. Kein menschliches Empfinden kennt das Amalkapital!

Sonntag, 23. Juli 1922: Explosion in der Druckwasserreinigungsanlage Bay 38, Dovan, die einem Arbeiter das Leben kostete; nur der Geistesgegenwart der übrigen Belegschaft ist es zu verdanken, daß diese Katastrophe keinen größeren Umfang und noch weitere Opfer zu verzeichnen hat.

Die Arbeiterchaft ist empört! Afford und Prämie haben genau Elend über uns gebracht! Wir fordern Beseitigung dieses Systems! Wir wollen nicht mehr künden auf einem Vulkan stehen, der jederzeit andbrechen kann, denn wir sind auch Menschen. Amalherren verlangen die Massen der demontrierenden Arbeiter von der mit dem Arbeiterrat in Unterhandlungen stehenden Direktion Sicherheit ihres Lebens, die sie nur in der Abschaffung dieser Antreibermethode erblicken können. Nichts beweist diese herbensten Vertreter der Amalherren! Es sind ja nur Arbeiter, die ihr Leben aufs Spiel setzen! Was machen diese Interessenvertreter des Kapitals? Sie lehnen jede weitere Verhandlung ab, bis wieder im alten System weitergeschuftet wird, bis drohen mit der Stilllegung des Werkes.

Wo sind die Inhumanen, die hier einreisen? Niemand findet sie zu finden! Sollen noch mehr Arbeiterleben dem Profit der Amalherren geopfert werden? Wir appellieren an die öffentliche Meinung!

Alle Bevölkerungskreise mühten dafür einzutreten, dieses System zu beseitigen. Die Arbeiter der Amal-Industrie rufen euch auf:

Stellt mit, dieses System zu brechen! Genu Menschen gingen daran zugrunde! Weg mit Afford und Prämie! Im wahren Sinne des Wortes trifft für die Gemishte Industrie zu:

Afford ist Mord!

Dieser erschütternden Darstellung der Lage der Arbeiter in den Badischen Amal-Industrien haben wir ungekürzt Raum gegeben, um eine größere Öffentlichkeit über die wahren Gründe der fortgesetzten Katastrophen in der chemischen Industrie aufzuklären. Der Rufschrei der badischen Arbeiterschaft darf nicht ungehört verhallen. Es ist Pflicht der Reichsregierung und des Reichstages, mit allen gesetzlichen Mitteln einzugreifen. Auch für den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und die zuständigen Gewerkschaftsorganisationen ist hier ein weites Feld, sich zu betätigen, um Leben und Gesundheit weiter Arbeiter- und Bevölkerungskreise zu sichern.

## Eisenbahner!

### Auf zur Delegiertenwahl!

Jedes Mitglied des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat die Pflicht, sich am Sonntag, den 18. August an der Wahl der Delegierten zum Verbandstag zu beteiligen. Zeigt den Kommunisten, daß sie keine ausschlaggebende Gefolgschaft hinter sich haben.

Wer für zielbewusste Gewerkschaftspolitik eintritt, der wählt die Liste der Richtung Amsterdam, die folgende Kandidaten enthält:

Paul Beyer, Max Bonagi, Paul Sahn, Fritz Jaser, Max Klein, Hermann Fugte, Mari Sauter, Alfred Szelinöski, Johann Beeser.

## Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe

Vom Gauvorstand des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer wird uns geschrieben:

Die bevorstehenden Tarifausgleichsverhandlungen der Buchdrucker, die am 16. August stattfinden, werden bereits jetzt ihre Schatten voraus. Eine tiefgehende Gärung macht sich in der gesamten deutschen Gewerkschaft geltend. Die Wellen der Unzufriedenheit stehen so hoch, daß in den verschiedensten Orten des Reiches die Gewerkschaft in den Streik getreten ist. Die Prinzipalität sollte aus diesem Zeichen erkennen, daß die geübte Diplomatie, die Revision des Lohnabkommens von vier auf sechs Wochen heranzuziehen, sowie ihre Teelöhnsollpolitik eine total falsche ist, weil sie sich schließlich gegen die Prinzipale selbst kehrt, die in kleinem Rahmen meist sich notwendiger Verpflichtungen zu entziehen versucht. Die Not der Gewerkschaft öffnet vor sich das von den Buchdruckern sonst nicht gebrauchte Ventil der Selbsthilfe. Wäre die Prinzipalität nur ein klein wenig besser beraten, dann würde sie es nicht zugeben, daß eine hochqualifizierte Arbeiterschaft, die, wie der letzte Streik der Berliner Buchdrucker es bewies, einen so wichtigen Faktor im gesamten Staats- und Wirtschaftsleben einnimmt, die Lebensnotwendigkeiten nicht bestat, die andere gleichwertige Kategorien sich längst erworben haben. Es ist ein Stück total falscher eingestellter Wirtschaft- und Sozialpolitik, dieser im Staats- und Wirtschaftsleben auf exponiertem Posten stehenden Arbeiterschaft in einer Zeit so toll sich heilender Lebensunterhaltungskosten mit einem Stundenlohn von 30 M. abzuhelnden, während in so vielen anderen Berufen ein Stundenlohn von oft über 50 M. bezahlt wird. Die jetzt wieder einsetzende Abwanderung vom Beruf wird sich bald in einer dem Gewerbe wenig dienlichen Weise bemerkbar machen. Ansehlich dieser Situation hat sich der Verbandsvorstand sowohl wie das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker bemüht, die für den 16. August anstehenden Lohnverhandlungen zu frühzeitig zu lassen, um einen angemessenen Ausgleich für die Zeit ab 1. August herbeizuführen. Die Prinzipalität zeigte jedoch kein Verständnis hierfür und lehnte dies ab. Der Berliner Gauvorstand seinerseits verhandelte hierauf mit der Prinzipalität in Verbindung zu treten zum Amode der Erlangung einer besonderen Gehaltzulage für die Zeit bis zum Stattfinden der Verhandlungen, um über die ärteste Zeit hinwegzukommen. Auch dies wurde abgelehnt. Wie wir erfahren, zeigte sich die Hamburger Prinzipalität geneigter, indem sie ihren Personalrat eine Sonderzulage von 150 M. bewilligte, von denen 50 M. in Anrechnung gelangen.

Die Berliner Buchdrucker verlangen nichts anderes als die Erhaltung der Lebensmülligkeit. Wir ersuchen unsere Kollegen, die wenigen Tage bis zu den Verhandlungen in Ruhe hinzunehmen. Der Gauvorstand hat sich mit der gesamten Situation in einsehender Weise befaßt, und die Kollegen können übergeat sein, daß ihren Interessen in einer den letzten Verhältnissen angepassten Weise Rechnung getragen werden wird.

## Betriebsräte! Funktionäre!

Die Unterrichtsverhältnisse und Übervertorien für die Betriebsräte sind jetzt an alle Dispositionen zur Verteilung gelangt. Sie sind in den Büros aller Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen sowie im Büro der Betriebsräte-

zentrale, Engelauer 24/25, 2. Hof 1 Tr., erhältlich. Aufgabe der Betriebsräte und Funktionäre ist es nun, die Kollegen auf die Karte hinzuweisen und ihnen die Notwendigkeit der arbeitsrechtlichen und wirtschaftlichen Schulung der Arbeitnehmerschaft klarzulegen. In den Betrieben sind Sammelbestellungen aufzunehmen und dem Büro der Schule zu überweisen.

Es finden insgesamt 68 Kurse statt, die den Kollegen die Müßigkeit bieten, sich auf den Gebieten des Arbeitsrechts, der Betriebs- und Privatwirtschaft, der Volkswirtschaft, der Sozialversicherung und der Sozial- und Gewerkschaftslehre gründliche Kenntnisse zu erwerben. Für Anfänger sind besondere Einführungskurse angelegt.

Für die erwerbstätigen Frauen ist ein besonderer Kursus vorgesehen: „Die Stellung der Frau im industriellen Großbetrieb“. Besonders die Kolleginnen in Großbetrieben fordern wir auf, sich an diesem Kursus zu beteiligen.

In den Lehrberatungsprechstunden der Schule (Montags und Freitags von 4-7 Uhr) kann jeder Kollege Auskunft und Rat für die Wahl seiner Kurse bzw. für seine weitere Ausbildung erhalten.

Der Unterricht findet im Zentrum, Norden, Nordwesten, Südosten und Osten Berlins und in Steglitz statt. Die Unterrichtsstunden liegen von 6-8 und von 8-10 Uhr. Die Kurse erstrecken sich über 10 Doppelstunden. Der Hörsaal beträgt 15 M. Für Arbeitslose ist der Unterricht unentgeltlich. Sie erhalten Karten im Büro der Schule. Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten können die Kurse besuchen.

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

## Drohender Streik bei der Müllabfuhr

Die bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer beschäftigten Müllfuhrer hatten durch ihre Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, der Gesellschaft Vorkorderungen für den Monat August unterbreitet.

Der Schlichtungsausschuss fällte einen Schiedsspruch, welcher den Arbeitnehmern eine Lohnerhöhung von 50 Prozent auf die bisherigen Löhne zubilligt, unter der Voraussetzung, daß die Arbeitsleistung erhöht wird. Die Direktion wünscht eine Herabsetzung der Arbeitsleistung von 100 Kisten auf 120 Kisten täglich pro Gespann.

Die Arbeitnehmer nahmen in einer Versammlung den Schiedsspruch soweit die Lohnerhöhung in Betracht kommt, an. Es würden damit die Löhne ab 1. 8. 22 für Müllfuhrer 1800.— M., für Müllfahrer 1887,50 M., für Verladearbeiter 1545.— M., für Stakente 1470.— M., für Hofarbeiter 1425.— M., für Bürodienner 1102.— M. betragen. Die verlangte Mehrleistung lehnen die Arbeitnehmer ab, da hierdurch für die Arbeiter die arbeitsfreie Arbeitszeit überschritten wird.

Die Ernährung bei dem gegenwärtigen geringen Lohn von 1200.— Mark für Müllfuhrer und 1125 Mark für Müllfahrer sowie 775.— Mark für Bürodienner ermöglicht den Arbeitnehmern nicht, eine Mehrleistung zu vollbringen. Der Schiedsspruch bedeutet, soweit die Mehrleistung in Frage kommt, einen Tarifbruch, da die Leistung im Mantelvertrag festgelegt ist und dieser noch bis zum 30. 9. 22 Geltung hat.

Hält die Geschäftsleitung der Wirtschaftsgenossenschaft an der Mehrleistung fest, die von den Arbeitnehmern entschieden abgelehnt wird, so ist der Streik unvermeidlich und die Wirtschaftsgenossenschaft trägt für die sich hieraus ergebenden, für die Bürgerschaft Berlins unangenehmen Vetterlichkeiten die Verantwortung. Die Arbeitnehmer sind zur Verständigung bereit.

## Der Mitgliederanschlag im Banarbeiters-Verband

Der Vorstand des Bezirksvereins Berlin des Deutschen Banarbeiters-Verbandes schreibt und:

Die „rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer Sonnabend-Morgenausgabe eine Notiz, die von den ausgeschlossenen Kollegen unterzeichnet ist. In der Notiz heißt es u. a.: Daß eine Versammlung der Berliner Betriebsräte und Bandelegierten am 10. August beschloffen habe, eine Aktion betreffs Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen in Berlin einzuleiten. In diesem Zwecke sind in genannter Versammlung Voten zur Unterschrift auf sämtlichen Baustellen heranzugehen, die in der Münzstraße 24 (Büro der KPD-Fraktion) abzuholen sind. Dazu bemerken wir: Die besagte Versammlung war von der Kommunistenfraktion einberufen und von etwa 70-80 Mann besucht. Von diesen ist der angeführte Beschluß angenommen worden. Wir weisen darauf hin, daß für die Wiederaufnahme der aus Organisation Ausgeschlossenen nicht die Beschlüsse der kommunistischen Partei, sondern die des Banarbeiters-Verbandstags zu Leipzig maßgebend sind. Daran ändert auch eine Aktion der Fraktionspolitik und ihrer Anhänger nichts.

Angestellte der Berliner Metallindustrie. Die Verhandlungen über die Regelung der August-Gehälter finden laut Vereinbarung am Dienstag, den 15. August, vorm. 11 Uhr, in den Räumen des Verbandes Berliner Metall-Industrieller statt. Eine Funktionär-Versammlung wird am gleichen Tage im Rieger-Bereinshaus Berlin N., Chausseestraße Nr. 94, abends 6 Uhr den Bericht über die Verhandlung entgegennehmen. Mit den Beratungen über den neuen Manteltarif wird im Laufe der nächsten Woche begonnen. KfA-Bund, Ostbahnhof, Groß-Berlin.

Bergmann-Werke, Berlin! Am Montag, den 14. August, nachmittags 3½ Uhr, Fraktionsversammlung sämtlicher U.S.P.D. Arbeiter und Angestellten bei Kroll, Richterstraße 21. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Hauch, Berlin; für den Anzeigenenteil und geschäftliche Mitteilungen: E. Kubasch, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Preiszeitung“ e. m. b. H., Berlin. — Druck von Gebing & Helmert, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.

